FRIEDENS JOURNAL

# Deutschland und die EU: Selbstmord auf Raten




- Fiktive Szenarien: „Resilienzelemente“ für den Krieg
- Ein reales Kriegsszenario: Vergeltungsschlag
- Panik in der EU angesichts von Illusionen und fehlender Diplomatie
- „Leipzig bleibt friedlich“
- Repression gegen Palästina-Solidarität in Deutschland
- Weiteres: Jeffrey Sachs – Redebeiträge 3.10. – Zivilklauseln – Kulturportal – „Ramstein schliessen“ – Termine und Programme: IMI-Kongress – Bundesweiter Friedensratschlag

**Herausgeber:**
**Bundesausschuss Friedensratschlag**

**Nov. – Dez. 2026 / Nr. 6**

# Deutschland und die EU: Selbstmord auf Raten

## Inhalt


| | |
|---|---|
| Fiktive Szenarien: „Resilienzelemente“ für den Krieg | 3 |
| Reales Kriegsszenario: Vergeltungsschlag | 4 |
| Panik in der EU | 6 |
| Argumente für weniger Einigkeit in der EU | 7 |
| Buchbesprechung: Jeffrey Sachs | 9 |
| Droht ein russischer Angriff 2029? | 10 |
| Aktuelles aus unserem Kulturportal | 11 |
| „Leipzig bleibt friedlich“ | 12 |
| Angriffe auf Zivilklauseln | 13 |
| Repression gegen Palästinenser | 14 |
| Solidarität: Bremen und Gaza | 16 |
| „Ulm 5“: Schauprozess in Stammheim | 17 |
| Redebeiträge bei Demos am 3.10. | 18 |
| IMI-Kongress | 19 |
| Friedensratschlag – Ramstein schliessen | 20 |


*Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/*
*Karikaturen in dieser Ausgabe: Felix Winter*

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.11.26**

## Impressum


Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

**Herausgeber:**
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

**Redaktion:**
Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken, Werner Ruf, Felix Winter, Ewald Ziegler, Karl-Heinz Peil (V.i.S.d.P).

**Redaktionsanschrift:**
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

**Kontoverbindung:**
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

**Internetausgabe:**
auf **www.frieden-und-zukunft.de**
mit digitalem Archiv ab 2010.
**ISSN 2193-9233d**


Liebe Leserinnen und Leser,

die Politik in Deutschland und der EU wird immer realitätsfremder und irrationaler. Das zeigt sich insbesondere an konkreten Kriegsvorbereitungen mit „deutscher Gründlichkeit“ im zivilen Bereich. Betrachtet man die Beispiele für „Resilienzelemente“, wie in unserem ersten Artikelbeitrag beschrieben, dann müssten wir uns auf eine Neuauflage des Zweiten Weltkriegs vorbereiten: Panzerschlachten an der Ostfront und Flächenbombardements auf deutsche Großstädte inklusive.

Demgegenüber zeichnet der frühere Brigadegeneral Erich Vad in seinem soeben erschienenen Buch ein völlig anderes Bild mit einem (fiktiven) Kriegsszenario, das ganz real immer wahrscheinlicher wird.

Schlimmer als die laufenden Kriegsvorbereitungen ist jedoch, dass der Krieg in der Ukraine weiterhin unzählige Menschenleben fordert. Denn dieser Krieg ist für die Ukraine verloren, wird aber von den europäischen NATO-Staaten künstlich verlängert. Friedrich Merz sagte kürzlich in einem Interview: *„Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen“*.

Die Konsequenz daraus ist, dass auch dieser Krieg nur Verlierer auf allen Seiten hervorbringen wird und die deutsche Bundesregierung sich damit zu einem der Hauptkriegsverbrecher macht.

Einer der schärfsten Kritiker dieser Politik ist seit Jahren im EU-Parlament Michael von der Schulenburg. Er hat bereits von Anfang an davor gewarnt, dass die blindwütige Unterstützung der Ukraine zum Zerfall der EU führen würde. In einem jüngsten Video-Gespräch mit Glenn Diesen hat er diesen Standpunkt untermauert. Wir dokumentieren die von Glenn Diesen erfolgte Zusammenfassung dieses Gespräches in deutscher Übersetzung.

Ebenso in deutscher Übersetzung übernommen haben wir eine Kommentierung von Glenn Diesen zu dem jüngsten Telefonat zwischen Finnlands Präsident Stubb, Norwegens Regierungschef Støre und dem russischen Präsidenten Putin. Eigentlich ging es dabei nur um „normale“ diplomatische Kontakte, jedoch um genau das, was seitens der EU beharrlich verweigert wird.

Dass diese Haltung gegenüber Russland selbstzerstörerisch ist, wird auch von Jeffrey Sachs in seinem neuen Buch ausführlich dargestellt. Er hat die Entwicklung in und gegenüber Russland seit den 1990er Jahren hautnah mitverfolgt.

Dass die Aussagen zu einer unterstellten russischen Bedrohung unsinnig sind und auch von offizieller Seite völlig widersprüchlich, hat Jürgen Wagner in seinem neuen Buch bzw. einer entsprechenden IMI-Studie dargestellt. Wir bringen daraus einen kurzen Auszug.

Sichtbarer Widerstand gegen die Militarisierung in Deutschland zeigt sich derzeit zunehmend an mehreren Stellen, die wir in dieser Ausgabe beispielhaft behandeln.

Die Umstellung auf Kriegsproduktion in Leipzig hat dort zu der starken Initiative „Leipzig bleibt friedlich“ geführt.

Der Widerstand gegen die Abschaffung von Zivilklauseln an Hochschulen und damit verbundene Aktivitäten zur Militarisierung von Forschung und Lehre werden auch zum Thema des anstehenden bundesweiten Friedensratschlages in Kassel.

Ein wichtiges Thema in Kassel wird das Zusammenspiel von Meinungsmanipulation, Zensur und Repression sein. Dies betrifft vor allem die Kriminalisierung der Palästinenser, deren Ausmaße wir in einem Beitrag beleuchten.

Wie aus Menschenrechtsaktivisten Top-Terroristen gemacht werden, zeigt sich an der Behandlung der „Ulm 5“. Annette Groth aus unserer Redaktion verfolgt den Schauprozess in Stuttgart-Stammheim und gibt in dieser Ausgabe einen kurzen Zwischenbericht.

Der Widerstand gegen die genannten Entwicklungen entwickelt sich an vielen Stellen mit Einzelaktivitäten. Austausch und Vernetzung sind deshalb notwendiger denn je, wozu der anstehende bundesweite Friedensratschlag am 12. und 13. Dezember die optimale Plattform bietet.

*Karl-Heinz Peil*

# Fiktive Szenarien: „Resilienzelemente“ für den Krieg

*Redaktion German Foreign Policy*

## „Pakt für den Bevölkerungsschutz“

Bereits im Mai hatte die Bundesregierung zentrale Eckpunkte für den neuen „*Pakt für den Bevölkerungsschutz*“ verabschiedet. In dem sechsseitigen Papier hieß es, Deutschland werde bis 2029 „*zehn Milliarden Euro in den Bevölkerungsschutz investieren*“.[1] Konkret solle etwa das Technische Hilfswerk (THW) drei Milliarden Euro für „Neubauten“ erhalten; damit solle „*eine angemessene Unterbringung*“ ehrenamtlicher Mitarbeiter „*in den Ortsverbänden gewährleistet*“ werden. Darüber hinaus stelle Berlin den Ländern „*neue Spezialfahrzeuge zur Verfügung*“ – etwa „*zum Transport Schwerverletzter sowie zur Detektion von chemischen, biologischen, radiologischen Gefahren und zur entsprechenden Dekontamination*“.

Das Bundesinnenministerium werde außerdem „*für die Einsatzkräfte der Länder und des THW bis 2029 … zehntausende moderne Schutzanzüge*“ beschaffen, die Schutz „*gegen chemische, biologische und radiologische Gefahren*“ böten – „*damit die Einsatzkräfte ihren Einsatz nicht nur erfolgreich bewältigen können, sondern auch gesund … zurückkehren*“.[2]

Den Wunsch, die Einsatzkräfte sollten „gesund“ aus dem Einsatz kommen, ergänzt das Eckpunktepapier um den Hinweis: „*und weiter einsatzfähig*“. Gesundheit gilt demnach vor allem als Voraussetzung für fortgesetzte Einsatzfähigkeit.

## „Massenanfall von Verletzten“

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Bundesregierung in den Eckpunkten dem Auf- und Ausbau der Medizinischen Task Force des Bundes (MTF). Wie das Bundesinnenministerium mitteilt, wird diese zur Zeit „an über 50 Standorten“ aufgebaut; ihre Einheiten sollen „dann zum Einsatz kommen“, wenn „eine große Anzahl von Verletzten – ein sogenannter Massenanfall von Verletzten – schnell versorgt werden muss“.[3]

„Bei Vollausstattung“ soll eine MTF-Einheit, so heißt es weiter, „*aus knapp 140 Einsatzkräften der Hilfsorganisationen und Feuerwehren*“ bestehen und 27 Fahrzeuge zur Verfügung haben. Sechs davon dienten „*dem Transport von Patienten auch auf teilzerstörten Wegen*“; aus diesem Grund müssten sie über Allradantrieb sowie Schlechtwegefahrwerk verfügen. Auch die Innenausstattung der Fahrzeuge sei „*auf besondere Anforderungen*“ ausgelegt; so müssten etwa „Aderpressen“ vorhanden sein, die beispielsweise „*bei schwerwiegenden Verletzungen*“ verwendet würden, wie sie „*bei Explosionen entstehen können*“.

Konkret würden sie „*an den Extremitäten eingesetzt, um schwere Blutungen zu stillen*“.[4] Anlässlich der Vorstellung der „Eckpunkte“ übergab Innenminister Alexander Dobrindt sechs Fahrzeuge „*Mannschaftstransportwagen Führung Dekontamination Verletzter*“ sowie sechs „*Krankentransportwagen Typ B Zivilschutz*“ für Einsätze in Berlin, Brandenburg und Thüringen.

## „Operatives Fundament in der Fläche“

Experten loben die Eckpunkte für den „*Pakt für den Bevölkerungsschutz*“ grundsätzlich, halten sie aber für noch nicht zureichend, um in gravierenden Schadensfällen, wie sie etwa bei einem feindlichen Angriff im Krieg auftreten, optimale Unterstützung zu bieten. So heißt es etwa in einer aktuellen Analyse aus der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), der zentralen militärpolitischen Denkfabrik der Bundesregierung, sie richteten sich vor allem „*auf technische Investitionen*“ und auf eine „*bessere Vernetzung der staatlichen Stellen*“.[5] „

Nicht aufgegriffen“ worden sei aber die „*Fundament- und Scharnierfunktion*“, die den Kommunen zukomme. Diese bildeten vor allem im „Spannungs- oder Verteidigungsfall“ das „operative Fundament in der Fläche“ und müssten bei der Bewältigung von „Gefahren einen wesentlichen Beitrag leisten“. „Aktuell“ bestehe allerdings „*eine markante Lücke zwischen dieser Aufgabe einerseits und der realen Leistungsfähigkeit andererseits*“.

So gebe es „wenig Übungsroutinen“; auch entwickle sich „*das Bewusstsein für die Dringlichkeit*“ besserer Vorbereitung auf etwaige Schadensfälle „nur langsam“. In der Praxis stehe „*die personelle, organisatorische und kommunikative Vorsorge*“ immer noch „*in Konkurrenz zu anderen Aufgaben*“ im Alltag der rund 11.000 Kommunen in der Bundesrepublik.

## „Stabilisierung der sozialen Ordnung“



*Bild KI-generiert mit Canva*

Um die Kommunen fit für Szenarien zu machen, wie sie in einem Krieg zu erwarten sind, werfen die Autoren der BAKS-Analyse ein Schlaglicht auf mehrere „Resilienzelemente“, die gegeben sein müssten, um etwa auch im „*Spannungs- oder Verteidigungsfall handlungsfähig zu bleiben, Störungen abzufedern, kritische Funktionen aufrechtzuerhalten und möglichst rasch in einen geordneten Zustand zurückzufinden*“.[6]

So müsse man „Robustheit“ zeigen – etwa nicht nur „Entscheidungs-“, sondern auch „Vertretungsregeln“ aufstellen für den Fall, dass ein kommunaler Verantwortungsträger wegen kriegerischer Ereignisse ausfalle. Wichtig sei zudem „Redundanz“; so sollten „*zweite Führungsstandorte*“ geschaffen werden, offenbar auch für den Fall, dass einer durch einen Angriff ausgeschaltet werde.

„Reaktionsfähigkeit“ müsse ebenso sichergestellt werden wie „Anpassungs- und Lernfähigkeit“ oder „Vernetzung und Selbsthilfe“.




Unverzichtbar sei insbesondere auch „Wiederherstellungsfähigkeit“ für die *„Phase nach einem schwerwiegenden, krisenhaften oder kritischen Ereignis*“: Gewährleistet sein müssten etwa die *„Reparatur Kritischer Infrastruktur*“, die *„Wiederaufnahme der Versorgung“*, die *„geregelte Rückführung von Menschen aus temporären Aufnahme- und Notunterbringungsanlagen*“ sowie die *„Stabilisierung der sozialen Ordnung*“.

### Die Bevölkerung einbinden

Neben kommunalen Verantwortungsträgern müsse auch die Bevölkerung besser eingebunden werden, heißt es weiter in der BAKS-Analyse.[7] Für sie gehe es *„vor allem um die systematische Entwicklung von Fähigkeiten*“, aber auch *„um eigene Initiative bei Krisen und Bedrohungslagen*“.

*„Die Bürgerinnen und Bürger sind sowohl Objekt wie auch Subjekt der eigenen Sicherheit*“, erklären die Autoren: *„Dies erfordert Kooperationsbereitschaft im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung und bei Vielen auch, die eigene Erwartungshaltung zu ändern.*“

„Für ihre Aufgaben“ müsse die Bevölkerung systematisch *„sensibilisiert und qualifiziert werden*“. Zudem seien infrastrukturelle Maßnahmen vonnöten. So müsse in jeder Kommunalverwaltung die „Einrichtung eines durchhaltefähigen Lage- und Führungsraums mit Notstrom“ und „redundanter interner und externer Kommunikation“ gewährleistet sein – und es solle *„ein alternativer Ausweichstandort … vorgehalten*“ werden.

### „Mehr als Bildungsorte“

Eine besondere Rolle spielen laut der Analyse aus der BAKS in diesem Zusammenhang Schulen. Sie seien „mehr als Bildungsorte“, heißt es in der Analyse; sie seien *„potenzielle Notunterkünfte und Notfalltreffpunkte*“, zudem *„gesellschaftliche Anker im Quartier*“ und, vermittelt „über Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler, auch „Multiplikatoren für Selbstschutz und Eigenvorsorge“.

Sofort notwendig sei eine *„Inventur der Schulstandorte“* bezüglich ihrer „Eignung als Notunterkunft und Notfalltreffpunkt (Notstromanschluss, Sanitär- und Küchenkapazität, Belegungslogik“.[8]

„Mittelfristig“ solle eine *„bauliche und ausstattungsseitige Ertüchtigung priorisierter Standorte*“ mit *„Notstrom, Wasservorrat, Verpflegungs- und Schlafkapazität*“ erfolgen. Nicht zuletzt müsse dann der *„Aufbau eines schulischen Lehrplans*“ zu speziellen Themen eingeleitet werden: *„Bevölkerungsschutz, Eigenvorsorge und Erste-Hilfe-Fähigkeit*“.

*Fußnoten siehe Online-Fassung*

## Ein reales Kriegsszenario

*von Erich Vad (Buchauszug)*

EILMELDUNG

### Russische Raketen treffen Deutschland

Drohnen-Fabriken bei München von Raketen zerstört, auch Taurus betroffen – zeitgleicher Angriff auf Testanlage des britischen Militärs Deutschland im Krieg:

Um 0:01 Uhr (MEZ) sind russische Raketen zeitgleich im Raum München sowie in Swindon (Großbritannien) eingeschlagen. Eine weitere Rakete schlug knapp vor der Fehmarnsundbrücke in die Ostsee ein, verursachte dort aber keinen Schaden.

Der Angriff auf München richtete sich gezielt gegen die dort ansässigen Unternehmen der Luftfahrt-, Rüstungs- und Verteidigungsindustrie. Die Standorte haben sich auf die Entwicklung von Hightech-Drohnen für den militärischen Einsatz spezialisiert. Sie wurden komplett zerstört, ebenso wie die Produktionsstätten des Taurus-Marschflugkörpers.

Während der Schadenumfang enorm ist, scheint die Zahl der Opfer, auch wegen der möglicherweise bewusst gewählten Nachtzeit, gering zu sein. Noch liegen den Medien keine offiziellen Informationen vor, doch von Seiten der Einsatzkräfte heißt es, es würden keine weiteren Opfer in den Trümmern vermutet.

In Berlin hat die Bundestagspräsidentin das Parlament bereits zu einer Sondersitzung einberufen. In einem ersten Schritt soll über die Ausrufung des Spannungsfalls beraten und entschieden werden, mit weitreichenden Folgen für die Menschen in Deutschland.

HINTERGRUND – WAS WIR BIS JETZT WISSEN

### Mega-Pakt gegen Putin womöglich Auslöser

Die Lieferung des Taurus an die Ukraine für den Einsatz im Krieg gegen Russland ist in Deutschland lange diskutiert, aber nie umgesetzt worden.

Aufklärungs-, Kampf- und Abfangdrohnen sind hingegen zahlreich in der Ukraine im Einsatz, teils mit staatlicher Finanzierung aus Deutschland. Seit 2024 betreibt Deutschland zudem eine eigene Produktionsstätte in der Ukraine. Zuletzt wurde eine Rüstungsallianz ins Leben gerufen. Dadurch soll die ukrainische Kampferfahrung beim Drohneneinsatz mit dem deutschen Massenfertigungs-Knowhow zusammengeführt werden. So will man die Front noch zügiger und zuverlässiger beliefern.

Für Kremlchef Putin dürfte die zunehmende militärische Zusammenarbeit Deutschlands mit der Ukraine eine Einmischung in den Krieg darstellen, auch weil die deutschen bzw. in Europa gefertigten Drohnen sogenannte Deep Strikes möglich machen, also Angriffe, die weit hinter die Frontlinie ins russische Hinterland reichen. Ausgewählte Ziele lassen sich dort mit hoher Präzision treffen, um die russischen Truppen strategisch zu schwächen, die Versorgung und Logistik zu stören bzw. kriegsunfähig zu machen.

Der Angriff auf Bayern wäre demnach aus russischer Sicht als lange angedrohter Vergeltungsschlag zu verstehen. In den vergangenen Monaten hatte Moskau mehrfach entsprechende Warnungen ausgesprochen.

Der parallele Angriff auf das größte Drohnen-Testzentrum Europas im britischen Swindon kommt ebenfalls nicht überraschend.

Immerhin hatte das britische Verteidigungsministerium angekündigt, in Swindon Unternehmen und Militär für die Drohnenentwicklung und -erprobung zusammenzubringen – noch eine Kooperation, die der Kreml als Provokation aufgefasst haben dürfte. Dazu kommt, dass Großbritannien mit deutscher Unterstützung bis zu 150 000 Kampfdrohnen an die Ukraine liefert, die von dort in die Tiefe Russlands wirken.

Erst im vergangenen Jahr hatte Deutschland zudem angekündigt, seine Aktivitäten in Großbritannien auszubauen, unter anderem durch den Aufbau von Trainings- und Infrastruktur sowie durch die Zusammenarbeit mit dem britischen Verteidigungsministerium bei der Produktion von Drohnen.

## Warnschuss oder Kriegserklärung?

Der Militärschlag dauerte weniger als zwölf Minuten. Bereits um 0:05 Uhr veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium eine Erklärung, in der Moskau den Schlag gegen Deutschland als »letzte Warnung« an die NATO sowie den Westen bezeichnet und mit weiterer Eskalation droht. Moskau erwartet, dass die Unterstützung der Ukraine durch die NATO und verbündete Staaten insbesondere mit Deep Strikes, anderen Angriffswaffen und Drohnen sofort eingestellt wird.




Der Kreml seinerseits werde nicht über die Krim und den Donbass verhandeln, da sie russisches Staatsgebiet seien. Jeder Angriff in diesem Raum mit westlicher Militärtechnologie werde ab sofort als Kriegserklärung der NATO und EU betrachtet und entsprechend beantwortet, heißt es aus dem russischen Verteidigungsministerium.

Der Schlag knapp vor die Fehmarnsundbrücke sei »symbolisch« gewesen und als Warnung zu verstehen, das Territorium der Russischen Föderation am Asowschen Meer, insbesondere auch die Kertsch-Brücke, nicht mit Taurus-Marschflugkörpern oder britischen Raketen und Drohnen anzugreifen.

Die NATO und Europa hätten die Ukraine seit Jahrzehnten gegen Russland hochgerüstet und die Region gezielt destabilisiert, nicht zuletzt durch gemeinsame Seemanöver von NATO und Ukraine im Schwarzen Meer, heißt es in der Erklärung weiter. Die Geduld Moskaus gehe zu Ende: »Russland ist zu Friedensverhandlungen bereit, doch wer Krieg mit Russland will und betreibt, wird ihn bekommen.«

## Russischer Raketen-Regen: Deutschland weitgehend schutz- und chancenlos

Kurz vor Mitternacht schlugen die ersten Warnsysteme an. In Kaliningrad waren Iskander-Hyperschallsysteme aktiviert worden; gleichzeitig wurden Starts von SS-X-34 Oreschnik-Höchstgeschwindigkeitsraketen registriert. Wenige Sekunden später war klar: Deutschland wird aus dem Raum Kaliningrad mit ballistischen Flugkörpern angegriffen. Seit Jahren warnen Experten vor genau dieser Art von Angriffen: Die Flugkörper erreichen extreme Geschwindigkeiten, so dass wenig bis keine Zeit für die Verteidigung bleibt.

Die Abwehr solcher Waffensysteme gehört deshalb zu den anspruchsvollsten Aufgaben moderner Luftverteidigung. Deutschland selbst verfügt derzeit nicht über vergleichbare, einsatzfähige Hyperschall- oder ballistische Mittelstreckenwaffen. In anderen europäischen Ländern sieht die Lage nicht viel besser aus. Man arbeitet jedoch unter Hochdruck daran, diese Lücke zu schließen.

Heute Nacht hat sich gezeigt, dass diese Fähigkeitslücke tödlich sein kann, sollte Moskau seine Drohung wahrmachen. Sofern jetzt nicht auf Verhandlungen gesetzt wird, befindet sich Deutschland seit 0:01 Uhr im Krieg.

# Panik in der EU angesichts von Illusionen und fehlender Diplomatie

*von Glenn Diesen (Norwegen)*




*Zusammenfassung eines Videogespräches, das von Glenn Diesen mit Michael von der Schulenburg geführt wurde. Das Videogespräch wurde auf englisch geführt, mit deutschen Untertiteln. Die Zusammenfassung von Glenn Diesen wurde von uns aus der englischen Fassung vom 26.10.2026 („Michael von der Schulenburg: Desperation in Europe as Defeat in Ukraine Exposes Lies") auf deutsch übersetzt mit Deepl.com.*

Michael von der Schulenburg, deutscher Europaabgeordneter und ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen mit 34 Jahren diplomatischer Erfahrung, argumentiert, dass Europas Ukraine-Politik unter der Last militärischer Realitäten, gescheiterter Diplomatie und politischer Illusionen zusammengebrochen ist. Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen sich nun den Folgen stellen, die sich daraus ergeben, dass sie frühere Friedensmöglichkeiten abgelehnt und stattdessen eine Strategie verfolgt haben, die die Ukraine verwüstet und Europa selbst geschwächt hat.

## Europas Weigerung, die Realität anzuerkennen

Das Europäische Parlament ist nach wie vor gefährlich realitätsfern. In seinen Diskussionen über die Unterstützung der Ukraine werden zunehmend Vorschläge gemacht, die, sollten sie umgesetzt werden, zu einem direkten Krieg Europas mit Russland führen könnten. Die Diplomatie ist aus dem politischen Denken praktisch verschwunden.

Russland gewinnt den Krieg, während sich die Verhandlungsposition der Ukraine täglich verschlechtert. Die europäischen Staats- und Regierungschefs reden weiterhin so, als würde militärischer Druck Moskau zu Zugeständnissen zwingen – trotz immer deutlicherer Anzeichen dafür, dass ihre Strategie gescheitert ist.

Die Ukraine weist zunehmend Merkmale eines gescheiterten Staates auf: Bevölkerungsrückgang, Desertion, Zwangsrekrutierung, schwächer werdende Regierungsführung und wachsende Abhängigkeit von bewaffneten Milizen. Millionen Ukrainer sind mit verheerenden humanitären Bedingungen konfrontiert, doch die europäischen Regierungen befürworten weiterhin militärische Lösungen.

Die Vereinigten Staaten ziehen sich zunehmend aus dem Krieg zurück und könnten der Wiederherstellung der Beziehungen zu Russland Priorität einräumen. Europa könnte sich infolgedessen isoliert wiederfinden – ohne nennenswerte diplomatische Kontakte, ohne eine abgestimmte Verhandlungsposition und ohne jemanden, der in der Lage ist, mit Moskau zu verhandeln.

## Die NATO-Erweiterung und der abgelehnte Frieden

Das grundlegende Problem hinter dem Krieg war Sicherheit, nicht Territorium. Die NATO-Erweiterung und die Weigerung, Russlands Sicherheitsbedenken ernst zu nehmen, schufen die Voraussetzungen für eine Konfrontation.

Jede spätere Einigung, die die Neutralität der Ukraine festschreibt, wird das Scheitern der europäischen Behauptung offenbaren, der Krieg sei völlig unprovoziert gewesen. Europäische Staats- und Regierungschefs werden sich unvermeidlichen Fragen stellen müssen, warum jahrelange Kämpfe und enorme Verluste notwendig waren, obwohl die Neutralität schon früher hätte ausgehandelt werden können.

Die Verhandlungen in Istanbul im Jahr 2022 stellten eine außergewöhnliche diplomatische Chance dar. Die Ukraine und Russland standen kurz nach Beginn der Kämpfe kurz vor einer Einigung, doch westliche Einmischung, insbesondere seitens Großbritanniens, untergrub diesen Prozess.

Die Ukraine hätte durch eine frühere Einigung territoriale Verluste vermeiden können. Stattdessen verfolgten westliche Regierungen die Illusion, dass wirtschaftliche Überlegenheit, Sanktionen und militärische Hilfe Russland zermürben würden.

Sie übersahen dabei eine entscheidende Tatsache: Europa kämpfte durch die Ukrainer. Letztendlich war es die Ukraine und nicht Russland, die erschöpft war.

## Neutralität bietet der Ukraine eine Zukunft

Das Überleben der Ukraine erfordert, dass sie die Vorstellung aufgibt, ihre Zukunft müsse durch einen Wettstreit zwischen Russland und dem Westen bestimmt werden.

Eine souveräne, demokratische und neutrale Ukraine könnte wirtschaftliche Beziehungen sowohl zur Europäischen Union als auch zu den BRICS-Staaten unterhalten. Ihre geografische Lage zwischen Europa und Asien könnte zu einem Vorteil statt zu einer Quelle der Konfrontation werden.

Eine NATO-Mitgliedschaft ist mit einer nachhaltigen Lösung unvereinbar. Auch eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist unrealistisch. Die Zerstörung, die Korruption und der Wiederaufbaubedarf der Ukraine würden einer bereits geschwächten EU enorme finanzielle Belastungen auferlegen.

Die Priorität muss stattdessen darin bestehen, die Ukraine als funktionierenden Staat zu erhalten. Russland und die europäischen Länder tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, ihren vollständigen Zusammenbruch zu verhindern.

Eine Lösung muss zudem die territorialen Realitäten anerkennen. Russland wird die von ihm eroberten Gebiete nicht aufgeben, und die Fähigkeit der Ukraine, Odessa zu behalten, ist für ihr wirtschaftliches Überleben besonders wichtig.

Komplizierte Gebietsausgleiche, entmilitarisierte Zonen und internationale Überwachungsmechanismen können eine grundlegende politische Einigung nicht ersetzen.

### Die Europäische Union steht vor einer Bewährungsprobe

Europas Niederlage in der Ukraine bedroht die politischen Grundlagen der Europäischen Union.

Regierungen in ganz Europa sind durch innenpolitische Unzufriedenheit, wirtschaftliche Schwierigkeiten und wachsenden Widerstand gegen die Finanzierung des Krieges geschwächt. Deutschland veranschaulicht diesen Wandel: Dort wächst die Unterstützung für politische Kräfte, die Verhandlungen, ein Ende der Sanktionen und die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Russland befürworten.

Die europäische Einheit könnte nationalen Interessen weichen. Länder wie Deutschland, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und die Tschechische Republik haben gewichtige Gründe, die Beziehungen zu Moskau wiederherzustellen.

Europa muss zudem erkennen, dass seine wirtschaftliche Zukunft mit Asien verbunden ist, insbesondere mit China, Indien und Russland.

Die Lösung liegt nicht in einer weiteren Militarisierung, sondern in einer erneuten Diplomatie. Deutschland und Russland haben ein übergeordnetes gemeinsames Interesse daran, eine weitere militärische Konfrontation zu vermeiden, während beide Gründe haben, den Wiederaufbau der Ukraine zu unterstützen.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs müssen sich von der Illusion verabschieden, dass Russland über die Ukraine besiegt werden kann. Ihre Aufgabe ist es, den Krieg zu beenden, die Fehler einzugestehen, die ihn verlängert haben, und einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Ohne diesen Wandel wird sich die Zerstörung der Ukraine weiter verschärfen, wird Europas internationaler Einfluss schwinden und werden künftige Generationen die Folgen einer katastrophalen Politik erben.

## Argumente für weniger Einigkeit in der EU

*von Glenn Diesen*

*Nachfolgend bringen wir in deutscher Übersetzung (mit Deepl.com) einen ausführlichen Kommentar von Glenn Diesen zu dem am Dienstag, den 27.10.26 erfolgten Telefonat zwischen Finnlands Präsident Stubb, Norwegens Regierungschef Støre und dem russischen Präsidenten Putin. Der Beitrag in Englisch erschien auf Glenn Diesens Substack.*

### Warum Norwegen und Finnland Recht hatten, Putin anzurufen

Die Regierungschefs von Norwegen und Finnland werden dafür kritisiert, dass sie durch ihren Anruf bei Präsident Putin mit dem europäischen Konsens über den diplomatischen Boykott gebrochen haben. Ihre Entscheidung, diese Solidarität zu untergraben, wird als spaltend und schwächend für Europa angesehen. Ich vertrete die gegenteilige Ansicht. Es war ein mutiger und notwendiger Schritt, da der europäische Konsens auf einer rhetorischen Falle beruht, die Europa isoliert, es zunehmend irrelevant macht und das Risiko birgt, es in einen Krieg mit Russland – der größten Atommacht der Welt – zu führen. Ich möchte noch ein weiteres Argument anführen: Wir sollten eine gesunde Skepsis gegenüber der Vorstellung entwickeln, dass es immer eine Stärke ist, mit einer Stimme zu sprechen.

### Wie man mit einer Stimme spricht: Die rhetorische Falle

Fragen Sie sich einmal: Wie können mehr als 27 Länder mit unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen sich auf eine gemeinsame Außenpolitik einigen und mit einer Stimme sprechen? Eine gemeinsame Stimme lässt sich erreichen, indem man kollektive Interessen definiert oder eine rhetorische Falle stellt. Eine rhetorische Falle wird gestellt, wenn Politiker gemeinsame Werte und frühere Verpflichtungen nutzen, um andere dazu zu drängen, politische Maßnahmen zu unterstützen, die sie andernfalls ablehnen würden. Uneinigkeit wird als Verrat an diesen Werten dargestellt, wodurch es politisch kostspielig wird, eine abweichende Meinung zu vertreten – selbst wenn die Politik den nationalen Interessen zuwiderläuft.

Der einfachste Weg, einen Konsens zu erzwingen, besteht darin, jedes Thema als Kampf zwischen Gut und Böse darzustellen. Sobald politische Meinungsverschiedenheiten zu moralischen Fragen werden, können diejenigen, die den Konsens in Frage stellen, bloßgestellt statt mit Argumenten widerlegt werden. Wenn jedes Thema auf eine Wahl zwischen Freiheit und Imperialismus reduziert wird, fällt es viel leichter, mit einer Stimme zu sprechen. Die Besessenheit, mit einer Stimme zu sprechen, macht die Europäer anfällig für Schwarz-Weiß-Denken und kriegstreiberische Politik.

Die Europäer schließen sich hinter absurden Parolen wie „Putin ist Hitler“ und „Russland will die Sowjetunion wiederherstellen“ zusammen. Diese Parolen helfen uns nicht dabei, Russland zu verstehen oder eine vernünftige Politik zu entwickeln, um den Sicherheitswettbewerb zu entschärfen. Ihr Zweck ist es, moralische Klarheit herzustellen und politische Konformität durchzusetzen. Diese Parolen mit fundierten Argumenten in Frage zu stellen, gilt als unmoralisch und als Bedrohung für die europäische Einheit. Diese rhetorische Falle ist äußerst gefährlich, denn in einem Kampf zwischen Gut und Böse gelangen wir zu dem Schluss, dass Diplomatie Nachgiebigkeit („Appeasement“) ist und Waffen der Weg zum Frieden sind.

## Das Ende von Debatten

Betrachten wir die Debatte über die europäische Sicherheit nach dem Kalten Krieg. Einst haben wir den Grundsatz der unteilbaren Sicherheit anerkannt, der besagt, dass ein Staat seine Sicherheit nicht auf Kosten anderer stärken darf. Bei Diskussionen über Sicherheit ging es darum, Abschreckung und vertrauensbildende Maßnahmen in Einklang zu bringen. Diese Grundsätze sind aus dem politischen Diskurs in Europa weitestgehend verschwunden. Heute geht es nur noch um Abschreckung. Es gilt als Ketzerei, die Vorstellung in Frage zu stellen, dass die NATO eine „Kraft des Guten" sei, und alle Bedenken hinsichtlich der NATO-Expansion werden als Widerstand gegen Demokratie und Freiheit dargestellt. Wie können wir einen Konflikt lösen, wenn wir nicht einmal über dessen Ursachen diskutieren dürfen?

Stattdessen messen europäische Staats- und Regierungschefs den Erfolg ihrer Politik zunehmend an ihren moralischen Absichten und nicht an deren Folgen. Sanktionen werden als Beweis für Entschlossenheit dargestellt, die Bereitschaft, einen Krieg zu führen, als Ausdruck von Solidarität, und die Ablehnung von Diplomatie als standhaftes Eintreten gegen Aggression. Doch was geschieht, wenn diese Politik nicht die beabsichtigten Ergebnisse hervorbringt? Die Antwort lautet in der Regel: mehr Sanktionen, mehr Krieg und weniger Diplomatie. Die Politik selbst darf nicht hinterfragt werden, ohne den Anschein zu erwecken, die moralischen Grundlagen der europäischen Einheit zu untergraben.

## Solidarität als Waffe

Auch die Forderung nach Solidarität wird als Waffe eingesetzt, um die Vernunft außer Kraft zu setzen. WikiLeaks enthüllte, wie norwegische Beamte ursprünglich ernsthafte Bedenken geäußert hatten, dass die strategische Raketenabwehr der USA das nukleare Gleichgewicht mit Russland stören und die Welt destabilisieren würde. Der US-Botschafter berichtete nach Washington, dass die Norweger dazu bewegt werden könnten, ihre Position zu ändern – nicht durch Argumente, sondern durch die Betonung der Notwendigkeit von NATO-Solidarität. Würde den Norwegern die Wahl zwischen der „Wiederholung russischer Narrative" und der Verteidigung der NATO-Solidarität gestellt, würden sie sich fügen.

Später sandte der US-Botschafter eine weitere Nachricht nach Washington, in dem er bestätigte, dass ihre Zusammenarbeit mit NGOs, Thinktanks, Journalisten und Politikern die Botschaft vermittelt habe und dass die Norweger ihre Sicherheitsbedenken aufgäben. Dies war nicht das Ergebnis von Argumenten, sondern von Druck, Solidarität in einer Welt zu zeigen, in der alles in Schwarz-Weiß-Kategorien dargestellt wird. Seitdem ist die Architektur der nuklearen Rüstungskontrolle weitgehend zusammengebrochen, und die Welt steht vor einer gefährlichen Zukunft – doch die politische Klasse tröstet sich mit der Tatsache, dass all dies im Namen der Solidarität geschehen ist.

Dies ist ein gefährlicher Weg, die europäische Sicherheit zu gestalten. Wenn Solidarität bedeutet, dass Länder ihre eigenen Sicherheitsbewertungen aufgeben müssen, um eine gemeinsame Position zu unterstützen, dann wird die Solidarität selbst zu einer Quelle der Unsicherheit. Der Zweck der Zusammenarbeit sollte darin bestehen, unterschiedliche Interessen in Einklang zu bringen und bessere politische Strategien zu entwickeln, nicht darin, Regierungen unter Druck zu setzen, immer wieder dieselben inhaltsleeren Argumente zu wiederholen.


msn Zurück zum Feed Im Web suchen

— Größte Kehrtwende in der EU-Geschichte: Was macht eigentlich Kaja Kallas?

Was machte eigentlich Kaja Kallas am Dienstag? Am wichtigsten Telefonat seit Monaten war die estnische EU-Vertreterin jedenfalls nicht beteiligt. Als nämlich am Dienstag wieder europäische Spitzenpolitiker mit Wladimir Putin sprachen, saß nicht die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik am Hörer, sondern ein finnischer Präsident und ein norwegischer Regierungschef, also der Chef eines Landes, das nicht einmal Mitglied der EU ist. Das Telefonat dauerte eineinhalb Stunden, obwohl ursprünglich nur 20 Minuten

## Mit einer Stimme sprechen oder den Kurs korrigieren?

Ein starkes Europa sollte in der Lage sein, Meinungsverschiedenheiten unter seinen Mitgliedern zu tolerieren. Tatsächlich sind solche Meinungsverschiedenheiten notwendig, wenn Europa falsche politische Strategien korrigieren soll. Wenn abweichende Meinungen als Illoyalität behandelt werden, lassen sich politische Fehler kaum noch rückgängig machen. Die politischen Führer werden zu Gefangenen ihrer eigenen Rhetorik.

Norwegen und Finnland sollten daher nicht dafür kritisiert werden, dass sie den europäischen Konsens über diplomatische Isolation in Frage stellen. Sie sollten ermutigt werden. Europa braucht Länder, die bereit sind, politische Maßnahmen zu hinterfragen, die resistent gegen Kritik geworden sind – insbesondere wenn diese Maßnahmen Krieg und Frieden betreffen.

Der derzeitige europäische Konsens wird durch eine rhetorische Falle aufrechterhalten, die Europa isoliert, den Kontinent zunehmend irrelevant macht und die Gefahr birgt, uns in einen Krieg hineinzuziehen. Ich plädiere daher für etwas weniger Solidarität und etwas mehr gesunden Menschenverstand.



*Foto: Treffen des russischen Außenministers Lawrow mit dem deutschen Außenminister Wadepul am 26. September 2026 während der UN-Generalversammlung in New York. Das Gespräch dauerte ganze 22 Minuten. Zuvor hatte es letztmalig am 18. Januar 2022 in Moskau ein Gespräch zwischen Lawrow und der damaligen deutschen Außenministerin Baerbock gegeben.*
*Screenshot oben: Kommentierung in dem Internetportal MSN zur EU-Außenbeauftragten Kallas.*

# Buchbesprechung: Der fatale Kreislauf der Ausgrenzung

*Jeffrey Sachs: Europas strategischer Irrtum. Warum die anti-russische Haltung selbstzerstörerisch ist. Westend Verlag, Neu-Isenburg 2026, 337 Seiten, ISBN 978-3-98791-377-8.*




In einer Zeit der offenen Eskalation und akuter Kriegsgefahr legt der US-Ökonom Jeffrey Sachs eine historische Untersuchung vor. Seine Kernlesart lautet: Europa hat in seiner Geschichte wiederholt Friedensangebote Russlands zurückgewiesen, obwohl jeweils eine tragfähige Verhandlungslösung möglich gewesen wäre. Diese Entscheidungen haben sich regelmäßig als selbstschädigend erwiesen.

***Das System der doppelten Standards***

Sachs sieht die Ursache der aktuellen Krise in einer „*strukturellen Verzerrung im europäischen sicherheitspolitischen Denken*". Er beschreibt eine „*tief verankerte Tendenz, Russland von den sonst üblichen Regeln diplomatischer Praxis auszunehmen*". Während der Westen anderen Großmächten legitime Interessen zugesteht, wird russischen Anliegen von europäischen Regierungen und Medien meist von vornherein die Berechtigung abgesprochen. Russische Sicherheitsbedürfnisse gelten im westlichen Diskurs oft als moralische Verfehlung, der man sich widersetzen müsse.

***Die Ausblendung der eigenen Gewaltgeschichte***

Der Autor kritisiert, wie die Fehler der sowjetischen Ära – von der Zwangskollektivierung über Stalins Terror bis zum Gulag und dem Massaker von Katyn – instrumentalisiert werden, um Russland dauerhaft aus der europäischen Ordnung auszuschließen. Sachs verharmlost diese Verbrechen nicht, fordert aber denselben Maßstab für den Westen.

Er erinnert an die Gewaltgeschichte der Westmächte: Das Britische Empire und Frankreich bauten ihre Imperien durch brutale Eroberungen auf und verantworteten schwere Hungersnöte in Irland und Indien. Die USA dehnten ihr Staatsgebiet durch die Vertreibung und den Genozid an der indigenen Bevölkerung aus, hielten bis in die 1960er-Jahre eine rassistische Apartheid aufrecht und stürzten über Jahrzehnte hinweg mittels verdeckter Operationen der CIA ausländische Regierungen – etwa im Iran, in Guatemala oder in Chile. Das europäische Selbstbild als gesetzestreu und fortschrittlich funktioniert historisch über die Abgrenzung von einem angeblich rein autokratischen und gefährlichen Russland. Nach 1945 und verschärft nach 1991 wurde diese europäische Haltung durch die strategischen Ziele der USA verstärkt und vorgegeben.

***Ein historisches Drama in 5 Akten***

Sachs belegt diese Kontinuität anhand von fünf historischen Phasen:

• Akt I: Die britische Erfindung der „russischen Bedrohung" im 19. Jahrhundert, die den vermeidbaren Krimkrieg auslöste. Geopolitische Interessen wurden in moralische Kategorien übersetzt, um den Konflikt als Kampf der Zivilisation darzustellen.

• Akt II: Die militärische Intervention des Westens im russischen Bürgerkrieg ab 1918 und der anschließende Ausschluss der Sowjetunion aus europäischen Verträgen.

• Akt III: Das Versagen der kollektiven Sicherheit in den 1930er-Jahren. Sachs zeigt, dass die Furcht vor dem Bolschewismus ein gemeinsames Bündnis gegen Hitler blockierte und die Sowjetunion 1939 in den Molotow-Ribbentrop-Pakt als defensiven Ausweg drängte.

• Akt IV: Die Verfestigung des Kalten Krieges nach 1945 durch die Ablehnung eines neutralen, wiedervereinigten Deutschlands. Nur die deutsche Ostpolitik der 1970er-Jahre zeigte vorübergehend, dass Entspannung durch die Anerkennung gegenseitiger Sicherheitsinteressen möglich ist.

• Akt V: Die Zeit ab 1991. Anstatt nach dem Ende der Sowjetunion eine gemeinsame Sicherheitsordnung zu bauen, weiteten die USA und Europa die NATO immer weiter aus. Diese Missachtung russischer Sicherheitsbedenken führte direkt in den Ukraine-Krieg.

**Augenzeuge des westlichen Hochmutes in Moskau**

Besondere Aussagekraft erhält das Buch durch Sachs' eigene Erfahrungen. Als wirtschaftspolitischer Berater des russischen Präsidenten Boris Jelzin und des Reformers Jegor Gaidar war er von 1991 bis Ende 1993 in Moskau direkt beteiligt. Er forderte damals vom Westen finanzielle Unterstützung, Schuldenerlasse und einen Stabilisierungsfonds für Russland – analog zu den Programmen, die er zuvor erfolgreich für Polen ausgearbeitet hatte.

Die G7-Staaten und das Weiße Haus lehnten dies jedoch ab. Sachs erlebte in Moskau, wie dem Land in einer schweren Versorgungskrise mit dem Stopp von Nahrungsmittelhilfen gedroht wurde, falls Altschulden nicht sofort bedient würden. Weil der Westen jede substantielle Hilfe verweigerte und stattdessen wirtschaftsfeindliche Hardliner Aufwind erhielten, trat Sachs im Januar 1994 von seinem Beraterposten zurück.

***Der Epilog als Mahnung zur Umkehr***

Im Epilog beschreibt Sachs die Folgen dieser Politik für das heutige Europa: Steigende Energiekosten, Deindustrialisierung, hohe Rüstungsausgaben und das Risiko einer atomaren Eskalation. Wenn Verhandlungen moralisch so aufgeladen werden, dass Gespräche als Schwäche oder Komplizenschaft gelten, wird Diplomatie unmöglich.

Der einzige Ausweg aus der Eskalation ist eine Rückkehr zu einem Realismus, der die Sicherheitsinteressen aller Seiten anerkennt und vertraglich einbindet.

*Von Manfred Karl Böhm - Übernahme von Globalbridge.ch, leicht gekürzt*

# Droht ein russischer Angriff 2029?

*von Jürgen Wagner*

*Auszug aus einer IMI-Studie auf Basis des Buches „Kriegstüchtig an allen Fronten" (siehe auch Buchbesprechung in der letzten Ausgabe des FriedensJournals).*

Aus der aktuellen Mittelfristigen Finanzplanung vom Juli 2026 geht hervor, dass die Bundesregierung die ohnehin bereits von 58,3 Mrd. Euro (2022) auf 126,3 Mrd. Euro (2026) rasant gestiegenen Militärausgaben noch einmal drastisch auf 200,9 Mrd. Euro bis zum Jahr 2030 anheben will (Verteidigungshaushalt plus andere militärrelevante Posten). Dennoch offenbart die jüngste Bevölkerungsumfrage der Bundeswehr einmal mehr eine relativ hohe Zustimmung für steigende Militärausgaben.

Dazu trägt vor allem die gebetsmühlenartig beschworene Bedrohung durch Russland bei, die als zentrale Rechtfertigung für den aktuellen Rüstungsschub herhalten muss. Im Zentrum steht dabei die Behauptung, Russland sei im Jahr 2029 sowohl willens als auch in der Lage NATO-Territorium anzugreifen, mit der sich in der Folge kritisch auseinandergesetzt werden soll. Wo kommt diese Aussage eigentlich her? Und vor allem: Wie plausibel ist sie?

## Russland: Kriegswillig 2029?

Ab 2029 sei Russland also fähig, NATO-Territorium anzugreifen, diese steile These wurde am 5. Juni 2024 erstmals prominent von Verteidigungsminister Boris Pistorius in die Öffentlichkeit getragen:

*„Wir dürfen nicht glauben, dass Putin an den Grenzen der Ukraine, wenn er so weit kommt, haltmachen wird. Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein. Wir müssen Abschreckung leisten, um zu verhindern, dass es zum Äußersten kommt."*

Augenscheinlich beruhen diese Russland-Einschätzungen auf einem NATO-Papier, über das lange herzlich wenig bekannt war. Am 24. September 2025 veröffentlichte die Tagesschau dann einen längeren Beitrag, der zumindest einige Details enthielt. Demnach handele es sich dabei um ein *„Joint Threat Assessment"* (JTA), eine Bedrohungsanalyse, die von etwa einem Dutzend NATO-Staaten erstellt worden sein soll.

Laut Tagesschau-Artikel soll die JTA aus dem Jahr 2023 stammen und einen russischen Angriff innerhalb von drei bis fünf Jahren für möglich erklärt haben (ohne dies aber gleichzeitig auch als wahrscheinlich zu bezeichnen).

Der Zeitraum 2026 bis 2028 wurde auch in einigen Artikeln so wiedergegeben, die erschienen waren, bevor Pistorius an die Öffentlichkeit ging. Der Verteidigungsminister habe „versehentlich" 2029 genannt, von einer „Korrektur" habe sein Ministerium aber abgesehen, nachdem die Zahl nun einmal in der Öffentlichkeit gestanden habe, so der besagte Tagesschau-Artikel.

Einfach den Zeitpunkt für einen möglichen Angriff gegenüber dem NATO-Papier, an das sich ansonsten ja regelrecht geklammert wird, um ein bis drei Jahre nach hinten zu verschieben, steht im krassen Gegensatz zu dem Alarmismus, der in dieser Angelegenheit ansonsten an den Tag gelegt wird.

Weiter heißt es über die NATO-Einschätzung – eine nicht genannte Sprecherin des Verteidigungsministeriums zitierend –, sie basiere *„auf nationalen und internationalen Aufklärungsinformationen von nachrichtendienstlichen und offenen Quellen"*, allerdings könnten aus *„Gründen der militärischen Sicherheit […] keine weiteren Informaionen"* preisgegeben werden. Vor diesem Hintergrund ist es überaus befremdlich, wenn sich derzeit alle möglichen Aufrüstungsfans mit angeblichem Fachwissen auf das NATO-JTA-Papier beziehen, obwohl sie die Plausibilität der darin enthaltenen Aussagen nicht überprüfen können.

Denn nicht einmal der gewiss über eine relativ hohe Sicherheitsfreigabe verfügende Professor an der Bundeswehruniversität München, Carlo Masala, hat es zu Gesicht bekommen:

*„Niemand hat es [das NATO-Papier] lesen können. Ohnehin wird die Zahl 2029 von Politikern strategisch genutzt. Sie müssen sagen, dass Russland 2029 einen Krieg führen könnte, um die Menschen auf höhere Verteidigungsmaßnahmen einzustimmen. […] Ein russischer Einmarsch in Deutschland ist für mich ausgeschlossen."*




Jemand anderes mit hoher Sicherheitsfreigabe, Finnlands Präsident Alexander Stubb, gab unter dem Verweis auf die ihm vorliegenden Geheimdienstinformationen hinsichtlich der Gefahr eines russischen Angriffs auf NATO-Territorium an:

*„Wenn jemand eine solche Kristallkugel hätte – wunderbar. Aber ich sehe dafür einfach weder Belege noch Fakten. […] Für keine Macht der Welt ergibt es Sinn, die Entschlossenheit dieses Bündnisses auf die Probe zu stellen."*

Ganz ähnlich gibt Alexus Grynkewich, der NATO-Oberbefehlshaber und zugleich Chef der US-Streitkräfte in Europa, an, Russland sei derzeit *„nicht auf der Suche nach einem Konflikt"*. Und selbst BND-Chef Martin Jäger warnt zwar lautstark vor feindlichen Aktionen unterhalb der Kriegsschwelle („hybrid"), doch selbst er sieht keine konkreten Hinweise für russische Angriffsabsichten auf NATO-Territorium:

*„Aktuell liegen uns keine Hinweise vor, dass Russland einen solchen Angriff planen könnte. […] Russland ist im Augenblick sehr stark mit der Kriegsführung in der Ukraine beschäftigt."*

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eines der wenigen Zitate, die in der Presse direkt aus dem JTA-Papier wiedergegeben werden. Es besagt, es gäbe keine Hinweise auf eine *„unmittelbar bevorstehende russische Konfrontation mit der Nato".*

# Aktuelles aus der Kulturbörse



Die Kulturbörse für die Friedensbewegung hat sich im Laufe dieses Jahres aus Startlöchern heraus bereits zu einer umfangreichen Sammlung von Einzelbeiträgen, Musiker-Steckbriefen und Verlinkungen entwickelt. Es ist deshalb an der Zeit, dieses Angebot regelmäßig per Newsletter vorzustellen, auch mit der Bitte um weitere Verbreitung. Für diejenigen, die unser Informationsangebot noch nicht kennen, finden sich auf unser Startseite einige Hinweise zum Hintergrund und unserem Selbstverständnis.

Hier eine Auswahl nach Rubriken, die zum Herumstöbern auf unser Homepage anregen soll:

**Gefundenes: Friedenspolitische Themen in der Kulturszene**

Neben einer Zusammenstellung von interessanten Websites zur Friedenskultur verweisen wir auf folgende letzte Einzelbeiträge:

Wo ist die Kultur der Protestsongs geblieben? | Wolfgang Zarnack: Miniserie gegen den Krieg | Macklemore versus Ed Sheeran: Eine Wendepunkt der Palästina-Bewegung? | Tino Eisbrenner: Nicht gegen mein friedenssüchtiges Herz“ |JAS: Die Jugend hat Angst |

**Vorgestelltes: Veröffentlichungen und Kulturprojekte**

US-Song „MICIMATT“ zum Militär-Industrie-Komplex | Unzwingbar: Große Bühne für Protest gegen Aufrüstung und Wehrpflicht

**Angebotenes: Künstlerinformationen und Kontaktdaten**

Derzeit haben wir bereits eine umfangreiche – aber noch stark erweiterungsfähige Sammlung von Musikern, ebenso wie Angebote für Theater und Lesungen sowie Kunstprojekte.

Beispielhafte Musikalische Angebote (Steckbriefe mit Selbstdarstellungen und Kontaktdaten):

Äon – Bernd Köhler – Jens Fischer Rodian – Kilez More – Lebenslaute - Niklas Freitag - Pablo Miro – Playtime – Quijote – Reinhard Frankl – S.Castro – Streetops Music – Tino Eisbrenner

***Redaktionsteam**: Reiner Braun, Stephan Gorol, Kathrin Otte, Karl-Heinz Peil*

**Neue Plattform für historische Friedensplakate**

Die Württembergische Landesbibliothek hat in einem Freiwilligen-Projekt eine Plattform zur Online-Erschließung historischer Friedensplakate erstellt, die seit kurzem freigeschaltet ist. Eine umfangreiche Sammlung von Plakaten aus der Friedensbewegung seit den 1970er Jahren soll online durch die Mithilfe Freiwilliger bearbeitet werden.

Ziel ist, die Plakate in den Bibliothekskatalog aufzunehmen und als digitale Sammlung im Internet recherchierbar zu machen.

Mehr Infos:

***https://kultur.friedenschaffen.net***

## Bunkerlied: Hurra wir hab’nen Bunker

*von Felix Winter*

**Refrain**: **Hurra, wir hab’nen Bunker,**
**wenn’s mal wirklich losgeht, dann sind wir fein raus.**
**Unser Nachbar mit sei’m kleinen Fertighäuschen**
**sieht dagegen dann schon sehr viel schlechter aus.**

**1**. Ach, was freu‘ ich mich seit gestern ist er fertig:
Gas und Wasser, Klo und Küche alles dran.
Sicher eng doch andererseits auch urgemütlich,
ja getarnt als Öltank, abends kam er an.
Denn man will ja auch nicht so ein großes Aufsehen,
nachher heißt’s: Der Heinze hat kein Gottvertrauen.
Und das meiste ist ja doch nur Angstgerede
– andererseits dem Russen wär‘ es zuzutrauen.

**Refrain**

**2.** Und wenn es dann doch mal so weit kommen sollte,
durch den Heizungskeller – schwupp – und wir sind weg.
Während draußen dann die großen Knaller zünden,
sitzen wir da unten sicher im Versteck.
Schad‘ ist nur, dass Tante Anni keinen Platz hat,
nur den Lumpi kriegen wir noch eben rein,
aber schließlich will ja auch sein Trockenfutter
für zwei Jahre irgendwo gelagert sein.

**Refrain**

**3**. Und dann nehmen wir noch unsre alte Standuhr
und die Ansichtskarten hier von uns’rer Stadt
in den Bunker, denn man kann sich ja leicht denken,
was das später mal ’nen Seltenheitswert hat.
Mit nach unten muss auch unser kleines Radio,
damit hören wir aus Übersee den Merz.
Sicher klingt das dann nicht mehr so ganz nach Hifi,
denn das Radioaktive macht wohl Terz.

**4.** Und da unten können wir uns Kaffee kochen,
wenn’s noch Strom gibt – jedenfalls ein Herd ist da,
sicher, saub’res Wasser ist dann schwer zu kriegen,
wir ham tausend Liter und die Cocktailbar.
Ja, zum Rausgeh’n braucht man dann wohl so’nen Anzug.
Die gibt’s zwar noch nicht zu kaufen, aber bald,
und dann sind wir vor-, nein, nach-, nein, ausgerüstet,
für den Fall des Falles, dass es doch mal knallt.

**5.** Irgendwie wird schließlich alles dann doch gut gehn.
Ich sag immer: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.
Und dann kommen ja auch bald wieder die Amis,
so wie 45, das geht sicher flott.
Ach und dass wir dann die Russen endlich los sind,
was ein Segen-, denn gewinnen tun ja wir.
Ewig Frieden Mensch, das feiern wir im Bunker
und dann trinken wir ein gutes deutsches Bier.

# „Leipzig bleibt friedlich“




**Mehr als 10.000 Unterschriften: Leipziger Friedensinitiative fordert Grundsatzdebatte über Rüstungsindustrie und die Zukunft Leipzigs**

Petition bei Stadt Leipzig und Sächsischem Landtag eingereicht – „Leipzig bleibt friedlich!“ und Schwerter-zu-Pflugscharen-Allianz verlangen Transparenz, Bürgerbeteiligung und eine wirtschaftliche Alternative zur Militarisierung.

Mehr als 10.000 Menschen haben die Petition *„Aus der Stadt der Friedlichen Revolution darf keine Stadt der Waffen werden!“* unterzeichnet. Die Petition wurde inzwischen bei der Stadt Leipzig und beim Sächsischen Landtag eingereicht. Die Friedensinitiative „Leipzig bleibt friedlich!“ organisiert die Petition, unterstützt wird sie von der Schwerter-zu-Pflugscharen-Allianz, ein Zusammenschluss von elf Friedensinitiativen der Region. Zu den Gründungsmitgliedern der Allianz gehören unter anderem Harald Bretschneider, einer der Wegbereiter der kirchlichen Friedensbewegung in der DDR und Initiator des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“, der frühere sächsische Innenminister Horst Rasch sowie Dr. Gerhard Gey, langjähriger Landrat des Muldentalkreises und des Landkreises Leipzig.



Auslöser der Petition war die Ansiedlung des US-israelischen Rüstungsunternehmens Covenant in Leipzig. Das Unternehmen will hier ab 2027 weitreichende Marschflugkörper des Typs „Anthem“ herstellen. Nach Unternehmensangaben sollen im ersten Jahr rund 1.000 Flugkörper produziert werden, 2028 wird eine Jahresproduktion von 5.000 Stück angestrebt. Leipzig soll zum weltweit größten Standort des Unternehmens werden.

Die Forderungen der Petition gehen jedoch weit über diese einzelne Unternehmensansiedlung hinaus. Im Mittelpunkt steht die grundsätzliche Frage, ob sich Leipzig zu einem bedeutenden Standort der Rüstungsindustrie und militärischer Logistik entwickeln soll – und wer über eine solche Entwicklung entscheidet. Die Initiative stellt dieser Entwicklung das Konzept eines „Weltfriedensortes Leipzig“ gegenüber, das die historische Bedeutung der Stadt mit wirtschaftlicher Innovation, Friedensökonomie und internationaler Zusammenarbeit verbinden soll.

## Demokratische Beteiligung statt Entscheidungen hinter verschlossenen Türen

Die Initiative kritisiert, dass die Ansiedlung von Covenant mit politischer Unterstützung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene vorangetrieben wurde, ohne zuvor eine breite öffentliche Debatte über die langfristigen Folgen für Leipzig und die Region zu ermöglichen. Die Initiative fordert deshalb:

1_ Vollständige Transparenz über bestehende und geplante Ansiedlungen von Rüstungsunternehmen, militärische Infrastrukturprojekte sowie deren öffentliche Förderung.

2_ Eine öffentliche Grundsatzdebatte mit substanzieller Bürgerbeteiligung über die wirtschaftliche, gesellschaftliche und sicherheitspolitische Entwicklung Leipzigs und der Region.

3_ Einen Verzicht auf weitere politische Festlegungen zugunsten neuer Rüstungsansiedlungen, solange diese Debatte nicht stattgefunden hat und zivile wirtschaftliche Alternativen nicht ernsthaft geprüft wurden.

Dr. Lutz Mükke dazu weiter:

*„Covenant ist nur die Spitze des Eisbergs. Weitere Rüstungsunternehmen interessieren sich für Leipzig und Mitteldeutschland. Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werden strategische Weichen für den Ausbau des Rüstungsclusters Mitteldeutschland gestellt. Wollen wir tatsächlich immer tiefer in militärische Produktion und Logistik eingebunden werden? Soll Leipzig künftig an Krieg und Aufrüstung verdienen? Oder haben wir den Mut und die Klugheit, das Erbe der Friedlichen Revolution zu nutzen, um daraus wirtschaftliche Stärke, technologische Innovation und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu entwickeln? Wollen wir dem Frieden dienen oder Krieg vorbereiten? Diese Debatte ist überfällig“.*

## Das Erbe von 1989 ist ein politischer Auftrag – kein dekoratives Geschichtskapitel

Für die Friedensinitiative steht die aktuelle Entwicklung in einem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zur historischen Identität Leipzigs als Stadt der Friedlichen Revolution.

*„1989 haben die Ostdeutschen demokratische Mitsprache und politische Freiheit erkämpft. Das Erbe dieser Revolution ist kein dekoratives Beiwerk für politische Sonntagsreden. Es ist ein Auftrag für die Gegenwart. Die Losung ‚Keine Gewalt‘ und das Symbol ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ stehen für den Mut, gesellschaftliche Veränderungen ohne Waffen und Blutvergießen zu erkämpfen. Sie stehen auch für Dialog zwischen verfeindeten Lagern. Mit dieser politischen Methode wurde ein welthistorischer Erfolg errungen. Daran sollte sich Leipzig auch heute messen lassen“.*

Kritisch bewertet die Initiative insbesondere die industriepolitische Ausrichtung der sächsischen Staatsregierung, die den Ausbau der Rüstungsindustrie ausdrücklich unterstützt.

*„Wenn Sachsens Wirtschaftsminister Dirk Panter die Übernahme des traditionsreichen Görlitzer Waggonbaus durch den Rüstungskonzern KNDS als ‚Segen‘ bezeichnet und weitere Rüstungsansiedlungen zu einem Ziel seiner Wirtschaftspolitik macht, halten wir das für falsch, gefährlich und kurzsichtig. Sachsen braucht Industriearbeitsplätze, Innovation und wirtschaftliche Perspektiven.*

*Aber Rüstungsforschung, Waffenproduktion und Remilitarisierung als wirtschaftliche Hoffnungsträger zu verkaufen, lehnen wir ab. Die Friedliche Revolution stand für Schwerter zu Pflugscharen – nicht* für den umgekehrten Weg."

## Weltfriedensort Leipzig: Wirtschaftliche Zukunft anders denken

Die Initiative will die historische Bedeutung Leipzigs als Stadt der Friedlichen Revolution mit einer zukunftsorientierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsstrategie verbinden. Dazu hat sie das Konzept des „Weltfriedensortes Leipzig" entwickelt. Ziel ist es, Leipzig zu einem international sichtbaren Zentrum für Friedensökonomie, zivile technologische Innovation, Konfliktprävention und internationale Zusammenarbeit zu entwickeln. Ein zentrales Vorhaben ist die Etablierung einer internationalen Leitmesse für Friedensökonomie.

Sie soll Unternehmen, Forschungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Akteure zusammenbringen, die wirtschaftlich tragfähige Lösungen für eine friedlichere, nachhaltigere und sicherere Welt entwickeln. Dabei geht es ausdrücklich nicht nur um Friedensappelle, sondern um konkrete wirtschaftliche Perspektiven: neue Märkte, innovative Technologien, internationale Kooperationen und qualifizierte Arbeitsplätze.

*„Leipzig soll nicht nur zeigen, was es schon gibt. Hier soll entstehen, was morgen Frieden schafft. Wir wollen das historische Erbe unserer Stadt nicht museal verwalten, sondern produktiv in die Zukunft übersetzen. Friedensökonomie ist kein romantisches Gegenmodell zur Industriepolitik. Sie ist der Anspruch, wirtschaftliche Wertschöpfung, Innovation und gesellschaftliche Verantwortung zusammenzudenken"*, erklärt Mükke.

## Friedensinitiative engagiert sich seit Jahren gegen Militarisierung

„Leipzig bleibt friedlich!" wurde 2019 gegründet und engagiert sich seither für Frieden, Diplomatie, Abrüstung und die Bewahrung des zivilgesellschaftlichen Erbes der Friedlichen Revolution. Bereits 2020 wandte sich die Initiative mit einer Petition, zahlreichen Gesprächen und öffentlichen Aktionen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gegen die zunehmende militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle sowie den geplanten Aufbau eines Militärhubschrauber-Zentrums von Rheinmetall und Lockheed Martin/Sikorsky. Das Vorhaben wurde am Standort Leipzig/Halle letztlich nicht realisiert. Die heutige Petition knüpft an dieses langjährige Engagement an, richtet den Blick jedoch ausdrücklich auch auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft der gesamten Region.

### Stadt Leipzig bestätigt Eingang – gemeinsame Beratung vorgesehen

Die Stadt Leipzig hat den Eingang der Petition am 23. Oktober 2026 offiziell bestätigt. Wie der Petitionsausschuss mitteilte, werden mehrere Petitionen mit unterschiedlichen Positionen zur Rüstungsansiedlung in einem gemeinsamen Verfahren behandelt. Eine entsprechende Vorlage (VIII-P-03601) liegt bereits vor. Die Stadtverwaltung wird dazu einen Verwaltungsstandpunkt erarbeiten. Eine gemeinsame Beratung mit thematisch verbundenen Stadtratsanträgen ist vorgesehen.

*„Wir begrüßen, dass sich die Stadt mit den unterschiedlichen Positionen befasst. Entscheidend ist jedoch, dass daraus eine ernsthafte öffentliche Grundsatzdebatte entsteht. Die Behandlung in politischen Gremien allein ersetzt keine Bürgerbeteiligung. Mehr als 10.000 Menschen haben deutlich gemacht, dass sie über die Zukunft Leipzigs mitreden wollen. Die Einreichung der Petition ist deshalb kein Schlusspunkt"*, erklärt Mükke.

Die Initiative erwartet insbesondere konkrete Antworten darauf, welche weiteren rüstungsbezogenen Ansiedlungen und Erweiterungen in Leipzig und der Region geplant oder vorbereitet werden, welche politischen Zusagen bereits gemacht wurden und welche Rolle öffentliche Fördermittel spielen. Die Petition bleibt weiterhin für Unterstützerinnen und Unterstützer geöffnet:

**„Aus der Stadt der Friedlichen Revolution darf keine Stadt der Waffen werden!"**

*Quelle: Pressenza*

## Angriffe auf Zivilklauseln

Die Professorin für Medizinische Biometrie, Geraldine Rauch, von der Berliner Charité kritisiert die zunehmenden Angriffe auf Zivilklauseln der Universitäten. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe berichtete Rauch am 8. Oktober in einem Vortrag von aktuellen Entwicklungen, diese hochschuleigene Verpflichtung auf zivile Forschung einzuschränken oder gar zu verbieten. Dies sei ein Eingriff in die Hochschulautonomie und Wissenschaftsfreiheit, erklärte Rauch, die bis März 2026 als Präsidentin die Technische Universität (TU) Berlin leitete. Sie beobachte eine *„zunehmende politische Kriminalisierung von bestimmten Haltungen oder Meinungen, insbesondere von Pazifismus"*.

Bei Zivilklauseln handelt es sich um Selbstverpflichtungen von Forschungseinrichtungen, ihre Arbeit ausschließlich in den Dienst ziviler und friedlicher Zwecke zu stellen. Eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr oder der Rüstungsindustrie ist dann ausgeschlossen. Vorstöße gegen Zivilklauseln kommen mehrheitlich von CDU-Politikern, aber auch von SPD- und Grünen-Politikern, sagte Rauch.

Als Beispiel nannte sie den Versuch der bayrischen Staatsregierung, Hochschulen die Zivilklauseln zu verbieten und sie auf eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu verpflichten. Letzteres sei vom bayrischen Verfassungsgericht im März dieses Jahres verboten worden, nicht jedoch das Vorgehen gegen Zivilklauseln.[...]

Rauch betonte ... die zu niedrige Grundfinanzierung der Universitäten als ausschlaggebend für die Hinwendung zu militärischer Forschung. Die schlechte Grundfinanzierung werde von Hochschulorganisationen seit Jahrzehnten kritisiert. Aktuelle Kürzungen beträfen sogar ausgezeichnete Exzellenz-Hochschulen oder würden entgegen geltender Finanzierungsverträge durchgesetzt, wie in Berlin. Rauch beklagt vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen als ehemalige Präsidentin der TU Berlin, dass Hochschulleitungen *„eher der Politik auf dem Schoß sitzen als in den Widerstand"* gegen politische Eingriffe zu gehen.

*Quelle: Multiipolar*

# Repression gegen Palästina-Solidarität in Deutschland



*Gazastreifen, 3. Juli 2024, Quelle: Abedallah Alhaj, Wikimedia.org*

*Von **Lennart Michaelis***

*Der Autor arbeitet in einer europaweit tätigen Rechtshilfeorganisation, die die Palästina-Solidaritätsbewegung verteidigt. Der Beitrag erschien zuerst bei etosmedia.de und ist in der vorliegenden Fassung redaktionell stark gekürzt.*

Deutschland liefert Israel Waffen und diplomatische Deckung für den Völkermord in Gaza. Damit diese Unterstützung im Inland nicht ins Wanken gerät, geht der Staat seit drei Jahren gegen die Bewegung vor, die sich ihr entgegenstellt. Eine Bilanz zum dritten Jahrestag des Genozids, die sowohl die juristische Ebene wie auch die Repression auf der Straße betrachtet.

Als die Linke die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 20. September mit 25,7 Prozent gewann, machten Grüne und SPD Sondierungen von einer Vereinbarung zum Antisemitismus abhängig. Seit dem 8. Oktober liegt sie vor: Das „Existenzrecht“ Israels sei „unverhandelbar“, Boykottaufrufe wie die der BDS-Kampagne lehnen die Parteien ab, und Polizei und Verfassungsschutz sollen gestärkt werden.

Solche Vereinbarungen liefern die Vorlage für weitere Repression. Die Bilanz der vergangenen drei Jahre zeigt, wie Staat und Justiz dabei zusammenwirken. Die Repression geht zu einem großen Teil von einer politisch angeleiteten Exekutive aus: Ministerien verbieten Vereine, Versammlungsbehörden untersagen Kundgebungen, Polizei und Staatsanwaltschaften verfolgen Tausende Fälle, Einbürgerungsbehörden prüfen Gesinnung. Die Gerichte haben diesem Vorgehen oft Rückendeckung gegeben, gerade in Eilverfahren, in denen sich entscheidet, ob eine Demonstration stattfindet oder ein Verein weiterarbeiten kann. Wo sie Verbote aufhoben, geschah das häufig erst viel später, wenn der Schaden längst unwiderruflich erfolgt war: mit der Hausdurchsuchung, dem beschlagnahmten Telefon, den Anwaltskosten, der langen Zeit der Ungewissheit. Der abschreckende Effekt auf Einzelpersonen ist riesig.

## Lange Geschichte der Repression in Deutschland

Neu sind die Instrumente nicht, mit denen der Staat politische Betätigung für Palästina einschränkt, verbietet und bestraft. Nach der Gefangennahme der israelischen Olympiamannschaft durch die militante Gruppe Schwarzer September in München 1972 ergingen nach einer Schätzung des Verfassungsschutzes innerhalb eines Monats 255 Ausweisungsverfügungen gegen Bürger:innen arabischer Staaten, meist begründet mit der Mitgliedschaft in palästinensischen Organisationen, nicht mit einer Verbindung zur Tat.

Auch die Gefahrenprognosen, mit denen Versammlungsbehörden nach Oktober 2023 reihenweise Proteste untersagten, waren ein bekanntes Mittel zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte von Palästina-Solidarität in Deutschland. Ein Bericht der Innenministerkonferenz vom Dezember 2022 liest sich heute wie ein Drehbuch: Bund und Länder sollten „*alle rechtlichen Möglichkeiten*“ ausschöpfen, um Äußerungen wie „*From the River to the Sea*“ zu verbieten, Vereinsverbote „fortlaufend“ prüfen und für „*bisher zulässige bzw. straffreie*“ Aktivitäten gegen das „Existenzrecht“ Israels eine neue gesetzliche Grundlage prüfen. Ab Oktober 2023 kamen diese Werkzeuge verstärkt zum Einsatz.

## Verbotene Versammlungen

Zuerst traf es die Straße. Im Herbst 2023 untersagten Polizei und Versammlungsbehörden in Berlin, Hamburg und anderen Städten reihenweise Kundgebungen in Solidarität mit Palästina.

Einen Höhepunkt erreichte die Berliner Verbotspraxis im April 2024 mit dem Palästina-Kongress. Rund zwei Stunden nach Beginn stürmte die Polizei den Saal, schaltete den Strom ab und verbot den Kongress auch für die beiden folgenden Tage. Anlass war eine Videobotschaft des 86-jährigen Historikers Salman Abu Sitta, gegen den ein Betätigungsverbot bestand. Eine strafbare Äußerung hatte die Polizei nach Angaben der vertretenden Rechtsanwält:innen bis dahin nicht festgestellt. Anderthalb Jahre später erklärte das Verwaltungsgericht Berlin die Auflösung für rechtswidrig, weil die Polizei mildere Mittel nicht einmal geprüft habe.

Wie weit sich Behörden dabei vom Recht entfernen, zeigt auch Frankfurt am Main. Die Stadt untersagte immer wieder Proteste gegen den Völkermord; einen Bescheid vom August 2025 stützte sie auf eine Warnung der israelischen Botschaft, wie aus einem Beschluss des Verwaltungsgerichts hervorgeht. Zum zweiten Jahrestag des 7. Oktober verbot sie eine Kundgebung, weil sie schwarze Kleidung

mit roten Rosen, ein Zeichen der Trauer, als Hamas-Symbolik und Videos hungernder Kinder aus Gaza als Gefahr wertete. Das Verwaltungsgericht kippte das Verbot und rügte die Stadt mit ungewöhnlicher Schärfe: Sie habe „losgelöst von verfassungsrechtlichen Vorgaben allein nach politischem Willen und damit willkürlich“ gehandelt, Entscheidungen des Verwaltungsgerichts und des Verwaltungsgerichtshofs wiederholt missachtet und Gewalt erwartet, mit der nicht einmal die Polizei rechnete. Weil die Stadt das Verbot verkündete, bevor sie die Anmeldenden angehört hatte, sah das Gericht sogar deren Menschenwürde verletzt.

## Verbotene Vereine

Neben den Versammlungen traf es die Vereine. Das Vereinsverbot ist eins der stärksten Instrumente politischer Repression in der BRD: Es ergeht per Verfügung eines Ministeriums, ohne vorheriges Gerichtsverfahren, gestützt auf unter anderem auf den dehnbaren Vorwurf, sich gegen die „Völkerverständigung“ zu richten. Vier solcher Verbote haben die Bewegung seit 2023 getroffen: Im November 2023 verbot die damalige Innenministerin Faeser die Hamas und das Gefangenen-Solidaritätsnetzwerk Samidoun bzw. belegte sie mit einem Betätigungsverbot, unter anderem nachdem der israelische Botschafter Ron Prosor und die Deutsch-Israelische Gesellschaft schon im Sommer ein Verbot von Samidoun gefordert hatten. Samidoun ist eine Gruppe von jungen Palästinenser:innen, die im Exil Proteste zur Freilassung der großen Anzahl palästinensischer Geiseln und Gefangenen in israelischen Foltergefängnissen organisierten. Im Mai 2024 verbot Nordrhein-Westfalen die Palästina Solidarität Duisburg (PSDU), eine junge Gruppe, die vor Ort Demonstrationen, Lesekreise und Filmabende organisierte. Im August 2026 folgte Hessen mit dem Verbot von Palästina e.V. in Frankfurt.

Aufgehalten haben die Gerichte keines dieser Verbote. Das Oberverwaltungsgericht Münster wies den Eilantrag der PSDU ab, die Klage im Hauptverfahren läuft, während sich der Staat längst an einzelnen Mitgliedern abarbeitet. Palästina e.V. hatte sich schon im November 2024 aufgelöst, nachdem das Innenministerium seit dem Sommer 2023 gegen ihn ermittelt hatte. Das Verwaltungsgericht Frankfurt lehnte Durchsuchungen zunächst ab, erst der Verwaltungsgerichtshof gab sie frei. Im August 2026 durchsuchten 35 Polizist:innen Wohnungen und Lagerräume in Frankfurt und Mannheim, um das Verbot eines Vereins zu vollstrecken, der seit fast zwei Jahren nicht mehr existierte.

Was die Verfügung dem Verein vorwirft, ist stets politische Rede. Im Kern stehen zwei Vorwürfe: die Leugnung des „Existenzrechts“ Israels, denn wer das tue, wende sich „auch gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung“, und das Bekenntnis zur Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand in all seinen Formen. Dass die UN-Generalversammlung 1982 in Resolution 37/43 das Recht von Völkern unter Kolonialherrschaft und Besatzung bekräftigte, sich „mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes“ zu befreien, und dabei das palästinensische Volk ausdrücklich nannte, ist den deutschen Behörden und leider auch den Gerichten egal.

Es handelt sich um die Bestrafung bestimmter politischer Meinungen. Die Verbote sollen wichtige Kräfte der Bewegung zerschlagen und den sagbaren Diskurs abstecken. Das Leid der Palästinenser:innen zu beklagen, bleibt erlaubt, solange sich niemand dazu bekennt, dass sie sich wehren dürfen und Apartheid, Genozid und Siedlerkolonialismus in Form des israelischen Staats keine Existenzberechtigung haben. Dabei ist ein großes Problem die fehlende Solidarisierung mit den verbotenen Gruppen und ihren Betroffenen, anders als beispielsweise in Großbritannien im Fall der verbotenen Struktur „Palestine Action“.

## Eine Losung wird zur Straftat

Mindestens so folgenreich wie die Auflösung von Samidoun und Hamas war eine Zeile in den beiden Verbotsverfügungen. Neben Fahnen und Logos führte das Innenministerium dort die Losung „Vom Fluss bis zum Meer“ als Kennzeichen auf, „auf Deutsch oder in anderer Sprache“. Ein Gesetz, das „From the River to the Sea“ verbietet, gab es damals nicht und gibt es bis heute nicht.

Eine Verbotspraxis, die eine Losung erst zur Straftat erklärt und sie dann als antisemitischen Vorfall zählt, erzeugt die Zahlen, mit denen der Staat seine nächsten Verbote begründet.

## Aufenthaltsrecht und deutscher Pass nur gegen Bekenntnis zu Israel

Am schärfsten trifft die Repression Menschen ohne deutschen Pass. Das Aufenthaltsrecht erlaubt es, ihnen die politische Betätigung zu untersagen, etwa wenn sie außenpolitische Interessen der Bundesrepublik gefährden könnte. Schon im März 2019 händigte die Berliner Ausländerbehörde der palästinensischen Aktivistin Rasmea Odeh kurz vor einer Veranstaltung ein Betätigungsverbot aus und hob ihr Visum auf, nachdem sich der israelische und der US-Botschafter über die geplante Veranstaltung empört hatten. Ihr Auftritt könne die Beziehungen Deutschlands zu Israel gefährden, hieß es. Das Verwaltungsgericht Berlin erklärte das Verbot im März 2023 für rechtswidrig, vier Jahre nachdem es seinen Zweck erfüllt hatte.

Auch der deutsche Pass setzt inzwischen ein Bekenntnis zu Israel voraus. Seit der Reform vom Juni 2024 verlangt der Bund bei der Einbürgerung ein Bekenntnis zur „besonderen historischen Verantwortung Deutschlands“, zu der nach den Anwendungshinweisen das „Existenzrecht“ Israels gehört. Und weil eine Einbürgerung bis zu zehn Jahre lang zurückgenommen werden kann, bleibt der Pass ein Recht unter Vorbehalt.

## BDS? Nein danke. Existenzrecht? Ja bitte.

Die Behörden handeln nicht ohne Rückendeckung der Parlamente. Einen wichtigen politischen Rahmen zur Kriminalisierung von palästinensischen zivilen Protestformen hat der Bundestag früh gesetzt. 2019 erklärte er BDS in einem Beschluss für antisemitisch und forderte staatliche Institutionen auf, Gruppen, die zum Boykott Israels aufrufen, weder Räume noch Gelder zur Verfügung zu stellen. Rechtlich bindet der Beschluss niemanden, praktisch wurde er zur Vorlage, nach der Kommunen, Hochschulen und Banken Räume entzogen, Referent:innen ausluden und Konten kündigten. Vor den obersten Gerichten hält diese Linie nicht: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte 2020 den Staat Frankreich, weil er Aktivist:innen für einen Boy-

kottaufruf bestraft hatte; das Bundesverwaltungsgericht entschied 2022, dass in München BDS-Veranstaltungen nicht pauschal aus städtischen Räumen verbannt werden dürfen.

Hessen will nun noch weiter gehen. Im Juli 2026 stimmten im Bundesrat 14 von 16 Ländern für einen Gesetzentwurf der hessischen Landesregierung, der inzwischen dem Bundestag vorliegt. Mit bis zu fünf Jahren Haft soll bestraft werden, wer *„öffentlich oder in einer Versammlung das Existenzrecht des Staates Israel leugnet oder zur Beseitigung des Staates Israel aufruft*“, sofern das geeignet ist, „die Bereitschaft zu antisemitischen Gewalt- oder Willkürmaßnahmen zu fördern“.

Geschützt werden soll ein Recht, das das Völkerrecht nicht kennt. Anerkannt ist dort das Selbstbestimmungsrecht der Völker, auch des palästinensischen. Das „Existenzrecht“ ist eine politische Formel, die etwa 1975 Eingang in die Diplomatie fand, als die USA Israel zusicherten, nicht mit der PLO zu verhandeln, solange diese Israels „right to exist“ nicht anerkenne. Ein Staat, der seit 78 Jahren vertreibt, seit 59 Jahren besetzt und seit mehr als drei Jahren Völkermord begeht, hat kein Recht darauf, in dieser Form fortzubestehen – wer das ausspricht, könnte künftig ins Gefängnis kommen. Warum sie das Gesetz braucht, räumt die Landesregierung in ihrer Pressemitteilung selbst ein: „From the River to the Sea“ sei bisher nur als Losung der Hamas strafbar und der Nachweis gestalte sich „schwierig“. Was drei Jahre Rechtsprechung nicht einheitlich hergaben – gerade in Hessen, wo Anmeldende vor dem Verwaltungsgerichtshof durchgesetzt haben, dass die Losung nicht mehr über Versammlungsauflagen verboten werden kann –, soll nun das Gesetzblatt liefern.

## Akteure der Repression

In enger Zusammenarbeit mit israelischen Akteuren in Deutschland agieren Lobbygruppen wie die Deutsch-Israelische Gesellschaft oder das Tikvah Institut, die konkrete Personen und Organisationen markieren, gegen die der Staat vorgehen soll und als proisraelische Thinktanks in Deutschland agieren.

Große Teile der Medien liefern die Feindbilder. Als Hunderte Lehrende nach der Räumung des FU-Camps in Berlin im Mai 2024 in einem offenen Brief das Recht auf Protest verteidigten, stellte die Bild-Zeitung ein Dutzend von ihnen mit Fotos an den Pranger, und im Bundesbildungsministerium wurde geprüft, ob man ihnen Fördermittel streichen könne.

Keiner der Akteure trägt die Verantwortung allein, sie verteilt sich auf viele Rollen und Instanzen. Deshalb wirkt die Repression oft zufällig, obwohl Millionen Menschen betroffen sind, sie von immer den gleichen Akteuren ausgeht und ihre politischen Absichten und Beschlüsse dazu offen zutage liegen.

## Nicht verstummt

Von außerhalb wird diese Praxis in Deutschland zunehmend beim Namen genannt. Sechs UN-Expert:innen verlangten im Oktober 2025 ein Ende der Kriminalisierung von Palästina-Solidarität und der Polizeigewalt gegen Protestierende, und die UN-Sonderberichterstatterin Irene Khan kritisierte nach ihrem Besuch im Februar 2026 den Einsatz von Anti-Terror-Gesetzen gegen das Eintreten für palästinensische Rechte.

Dem gegenüber sprachen sich bereits im ZDF-Politbarometer vom August 2025 83 Prozent dafür aus, Israel keine Waffen mehr zu liefern, die in Gaza eingesetzt werden können. Die Repression soll verhindern, dass aus dieser Mehrheit eine politische Kraft wird. An dieser Kraft arbeitet die Bewegung seit drei Jahren, auf der Straße und vor Gericht. Die Härte, mit der der Staat reagiert, zeigt, dass sie vorankommt.

## Bremen und Gaza – Langjährige Solidarität für einen gerechten Frieden für alle

In den Medien werden Bremen und Gaza oft miteinander verglichen (um das Ausmaß der Kriege zu verstehen), da beide Gebiete ähnlich klein sind, wobei Gaza jedoch eine deutlich höhere Bevölkerungsdichte aufweist. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass einerseits ein Teil der Waffen, die zu dem anhaltenden Töten und der Zerstörung in Gaza beitragen, in Bremen hergestellt wird, während andererseits die palästinensische Gemeinde und ihre deutschen Unterstützer:innen in der Stadt unermüdlich ihre Solidarität mit Palästina bekunden und sich für einen gerechten Frieden einsetzen.

Israel bezieht 99 Prozent seiner Waffenlieferungen aus den USA (zwei Drittel) und Deutschland (ein Drittel). Während 0,8 % der deutschen Bevölkerung in Bremen leben, entfallen 7 % der Rüstungsproduktion auf die Stadt; damit weist Bremen bundesweit die höchste Konzentration der Rüstungsindustrie auf.

Das Volumen der über Bremer Häfen abgewickelten Rüstungsexporte nach Israel wird nicht offengelegt; die Lieferungen erreichen das Land jedoch über den Hafen von Haifa, der offiziellen Partnerstadt Bremens. Die Rüstungsproduktion und die Gewinne steigen – so etwa beim Bremer Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen OHB, das im ersten Halbjahr 2026 ein Plus von 46 % verzeichnete.

Der Bremer Stadtteil Hemelingen (vertreten durch den Beirat und das Bürgerhaus Hemelingen) unterhält seit 1993 eine offizielle Partnerschaft mit Tamra. Tamra ist eine palästinensische Nachbargemeinde von Haifa, die während der anhaltenden Kriege unter rassifizierten Schutzmaßnahmen litt.

Die Bremer Stiftung „Die Schwelle“ verlieh ihren ersten Internationalen Bremer Friedenspreis 2003 an die israelisch-palästinensische Organisation *„Parents Circle – Bereaved Families Forum*“ und den neunten im Jahr 2019 an die israelische Frauenorganisation „Women Wage Peace“, die mit dem palästinensischen Pendant „Women of the Sun“ kooperiert.

Im August 2025 war die Stadt Bremen – ebenso wie andere deutsche Städte – bereit, verletzte Kinder aus Gaza zur Behandlung sowie für Schutz und Sicherheit aufzunehmen (ähnlich wie zuvor bei vietnamesischen und afghanischen Kindern geschehen); die Bundesregierung lehnte das ab.

*Quelle: Pressenza, 7.10.26 – Helga Merkelbach*

# „Ulm 5“: Schauprozess und Schmierentheater in Stuttgart-Stammheim

*von Annette Groth*

Seit April 2026 wird in Stuttgart-Stammheim gegen die sogenannten „Ulm 5“ verhandelt, die im September 2025 in die deutsche Niederlassung des israelischen Rüstungskonzerns Elbit Systems Deutschland in Ulm eingebrochen waren und dabei einen Sachschaden in Höhe von ca. einer Million Euro verursachten.

Die fünf Menschenrechtsaktivisten mit irischer, britischer, spanischer und deutscher Staatsangehörigkeit protestierten mit ihrer Aktion gegen den Völkermord in Gaza und die Komplizenschaft der Bundesregierung, die trotz des Verdachtes des Genozids Waffen nach Israel exportiert. Sie haben selbst ein Video von ihrem Einbruch erstellt und sich am Tatort widerstandslos festnehmen lassen.

## Terroristenkonstrukt der Justiz

Neben Sachbeschädigung und mutmaßlichem Hausfriedensbruch wird ihnen auch die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung im Sinne des § 129 StGB vorgeworfen, da sie angeblich zu der als „kriminell“ eingestuften Gruppe „*Palestine Action Germany*“ gehören. Seit September 2025 sitzen die "Ulm 5" wegen Fluchtgefahr in Untersuchungshaft in verschiedenen Gefängnissen in Baden-Württemberg. Der Prozess wird in Stuttgart-Stammheim geführt und weckt damit Assoziationen an die RAF-Prozesse. Wie damals werden die Angeklagten in Handschellen vorgeführt und sitzen hinter einer Glasscheibe, abgetrennt von ihren Anwälten.

## Internationale Beobachter

Anlässlich seines Besuches in Brüssel und Stuttgart im Juli 2026 erklärte Richard Boyd Barrett, Abgeordneter des irischen Parlaments:

*„Ich habe diesen fraktionsübergreifenden Besuch mitorganisiert, um den Prozess gegen den irischen Staatsbürger Daniel Tatlow-Devally, dessen Familie in meinem Wahlkreis lebt, sowie gegen die Ulm 5 in Deutschland zu beobachten. Alle Berichte über ihre Behandlung und den Ablauf des Verfahrens legen nahe, dass ihnen kein faires Verfahren gewährt wird und wir Zeugen eines Justizversagens werden. Es ist meiner Ansicht nach zutiefst empörend, dass die Ulm 5 unter unmenschlichen Bedingungen behandelt und vor Gericht gestellt werden – unter Anwendung von Gesetzen und in einer Weise, die normalerweise Terroristen und Angehörigen der organisierten Kriminalität vorbehalten ist. Die Angeklagten bestreiten nicht, dass sie einen Akt zivilen Ungehorsams begangen haben – sie stellen jedoch für niemanden eine Gefahr dar.*

*Sie protestierten gegen ein Unternehmen in Deutschland, das Waffen herstellt, die von Israel für einen Feldzug eingesetzt werden, den selbst die irische Regierung als völkerrechtswidrig und völkermörderisch gegenüber Gaza und dem palästinensischen Volk bezeichnet hat. Die irische Regierung muss für die Rechte eines irischen Staatsbürgers und das grundlegende Recht auf ein faires Verfahren eintreten."*

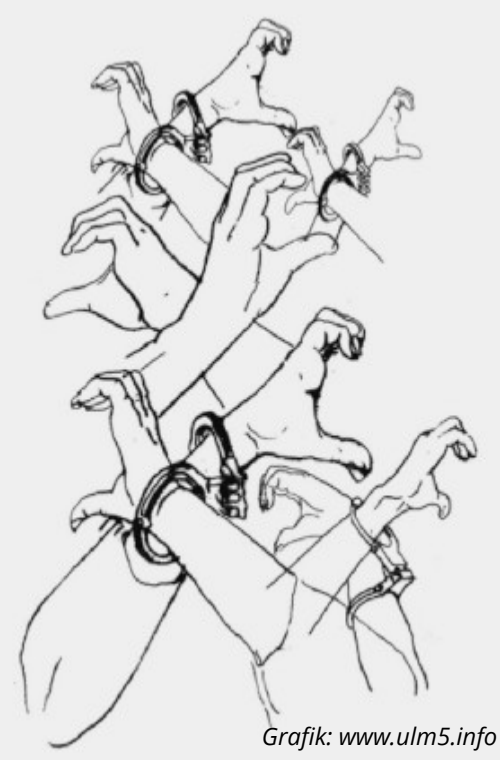
Barrett will die irische Regierung davon überzeugen, Beobachter für die weiteren Verhandlungstage, die bis Ende Februar 2027 angesetzt sind, zu entsenden und zugleich Druck auf die deutschen Behörden auszuüben, damit die Rechte der Angeklagten auf ein faires Verfahren gewahrt werden.

Diesen Druck sollten die 5 Abgeordneten der Linkspartei, die am 30.10. den Prozess beobachteten, ebenfalls ausüben. Haftbedingungen, Prozessordnung, die mögliche Befangenheit der Vorsitzenden Richterin und der Oberstaatsanwaltschaft, die den Eindruck erwecken, dass die Schuld der Angeklagten bereits vor Abschluss des Prozesses feststeht, müssen in den Parlamenten diskutiert werden.

## Systematische Behinderung der Verteidigung

Für alle Beteiligten, so für Angehörige der ausländischen Inhaftierten, Verteidiger, Journalisten und solidarische Menschen, die den Prozess beobachten, ist es eine Zumutung, dass die beiden wöchentlich angesetzten Prozesstermine nicht an zwei nacheinander folgenden Tagen stattfinden, sondern Mittwochs und Freitags. Untragbar ist auch die Befangenheit einer Richterin, die sich als *„Feldwebel auf einem Kasernenhof“* bezeichnete.

Dr. Shir Hever, ein renommierter Rüstungsexperte und als Sachverständiger von der Verteidigung eingeladen, wurde am 30.10. vom Staatsanwalt hingegen wegen „Befangenheit“ abgelehnt.



*Grafik: www.ulm5.info*

Der Sprecher für Rechtsstaatlichkeit der Linksfraktion, Aaron Valent, kommentierte dazu: *„Dass das Gericht der Verteidigung nicht erlaubt, Sachverständige einzuladen, um die Handlungen der Aktivist*innen notwendigerweise zu kontextualisieren und auf das eigentliche Problem, die Kriegsverbrechen der israelischen Regierung und den Völkermord in Palästina, aufmerksam zu machen, ist ein Skandal!“*

Valent fordert „ein Verfahren nach rechtsstaatlichen Standards für die fünf jungen Menschen! Der Tatbestand war ganz klar Sachbeschädigung und Einbruch. Die völlig an den Haaren herbeigezogenen Anklagepunkte der Bildung einer kriminellen Vereinigung oder gar eines antisemitischen Motives müssen fallen gelassen werden.“

Der Prozess ist im Kontext der Repression gegen die Demonstranten zu sehen, die gegen den Völkermord in Gaza, die Vertreibung und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Westbank, im Libanon und in Syrien protestieren. Dazu gehören auch *Cancel Culture* und die zunehmende Beschränkung der Meinungsfreiheit mit Hinweis auf die sakrosankte „Staatsräson“.

# Auszüge aus Redebeiträge von den Friedensdemos am 3.10.2026

## Sevim Dagdelen in Stuttgart

[...]

Liebe Freundinnen und Freunde,

lange vor einem Krieg wird die Wahrheit bewusstlos geschlagen, um den Krieg vorzubereiten. Es liegt an uns, dieser Wahrheit auf die Beine zu helfen, um Kriege zu verhindern.

Denn wenn „fast sicher" reicht und Beweise und Aufklärung nicht zählen, dann weiß man: So bereitet ein Militärpakt mit der Strategie der Spannung den Krieg vor.

Deshalb sagen wir: Das ist durchschaubar. Wir wollen keinen Krieg mit Russland. Wir wollen Frieden mit Russland. Eine Regierung, die uns in einen Krieg mit einer Atommacht hineinlügen will, muss weg.

Wenn ich Merz und seine NATO-Kumpels sehe, wie sie sich selbst Preise verleihen und vom Rathausbalkon heruntergrinsen, packt mich die kalte Wut.

Jedes fünfte Kind in Armut, und der unbeliebteste Regierungschef der Welt feiert sich selbst.

Renten und Elterngeld kürzen, die Mit-Krankenversicherung abschaffen, Gesundheitsversorgung zerschlagen, Wohngeld streichen, und sie prosten sich zu.

Die Preise explodieren, und die Bundesregierung füllt die Taschen von Rheinmetall und BlackRock. Bald schon220 Milliarden für Rüstung, weil Trump es so wollte. 150 Milliarden hat man schon an die korrupte Ukraine überwiesen, für den Stellvertreterkrieg.




*Video-Botschaften in Stuttgart: Margot Käßmann | Sopie Bolt - London Stop the War Coalition / Campaign for Nuclear Disarmament (CND) | Videoclip der Ulm 5 | Hüseyin Dogru – deutscher Journalist auf EU-Sanktionsliste*
*Quelle: www.friedensvernetzung-suedwest.de - mit Links zu Videos auf YouTube*

Das widert an. Wir wollen keine Kriegstreiber. Wir wollen keine US-Vasallen. Und erst recht keine NATO-Lakaien.

Perfide ist, sich dabei noch als Wertegemeinschaft auszugeben. Von deutschem Boden läuft der Nachschub für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA gegen den Iran. Tausende Zivilisten haben sie schon getötet. Da müssen wir deutlich sagen: Von deutschem Boden soll kein Angriffskrieg und keine Beihilfe dafür ausgehen. Deshalb: US-Basen schließen, US-Soldaten abziehen, US-Atombomben mitnehmen. Wir wollen demokratische Souveränität. Ami go home!

Und während die NATO sich als Wertegemeinschaft zur Schau stellt, unterstützen USA und Deutschland den Völkermord an den Palästinensern mit Geld und Waffen. Wer einen Völkermord unterstützt, ist keine Werteallianz, sondern eine Terrorallianz. Das wollen wir nicht.

Stoppt die Waffenlieferungen an Israel. Stoppt das Vasallentum gegenüber den USA. Raus aus der NATO, und zwar schnell. In einem Militärpakt für Krieg und Völkermord hat Deutschland nichts verloren. [...].




Demo in Berlin, Quelle: www.friedensdemo0310.org

## Leo (aktiv bei Schulstreik gegen die Wehrpflicht) – in Stuttgart

[...]

Dieses Land, dieser Staat für den wir in den Krieg ziehen sollen, bietet uns keine Perspektive: Die Bildung wird weggekürzt und wenn wir dann aus der Schule kommen sieht es übel aus: von unserem Einkommen können wir uns immer weniger leisten, wir sollen immer länger arbeiten und, wenns schlecht läuft, in ihre Schützengräben ziehen. Das sind die Zukunftsaussichten für die Jugend in Deutschland. Deshalb rufen wir auch als Schulstreikbewegung: Die Reichen

wollen Krieg die Jugend eine Zukunft!

Wir werden nicht auf Jugendliche aus anderen Ländern schießen, die genau wie wir ein Interesse am Leben in Frieden und einer lebenswerten Zukunft haben! Wir wollen nicht in einem Krieg sterben, in dem wir nichts zu gewinnen, aber unser Leben zu verlieren haben! - Im Schützengraben wird nicht Merz' Enkel oder der Sohn von Rheinmetall Chef Papperger liegen, sondern wir! [...]

Und wir werden unseren Widerstand verstärken. Wir werden uns nicht zu Musterungen zwingen lassen. Wir werden nicht 180 Tage unseres Lebens aufgeben, um in einer Kaserne zu Drill und Gehorsam erzogen zu werden oder als billige Hilfskraft zu schuften. Wir werden kein Kanonenfutter.

Wie bei den Protesten gegen den Vietnamkrieg massenhaft Einberufungsbescheide vernichtet wurden, werden wir unsere Musterungsbriefe verbrennen. Wie in Italien und Griechenland Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter Waffenlieferungen verhindert haben, werden wir den Kriegsdienst verweigern. Wie in Frankreich aktuell tausende Schülerinnen und Schüler an über 600 Schulen den Unterricht bestreiken und die Schulen blockieren, und sich dabei von Tränengas und Knüppeln nicht abbringen lassen, für ihre Interessen einzustehen, werden wir das auch tun. Wie im November 1918, als die Soldaten und Arbeiter den ersten Weltkrieg beendeten, indem sie realisierten, dass sie mehr gemein haben mit denen, auf die sie schießen sollen, als mit denen die ihnen befahlen dies zu tun und daraus Konsequenzen in ihrem Handeln beschlossen, den Krieg beendeten, die Waffen niederlegten, streikten - genauso werden wir mit unseren Streiks auf die Straße gehen! Genauso werden wir mit allen zusammenstehen, die kein Interesse am Krieg haben, Eltern, Lehrkräften, Pflegekräften oder Arbeitern bei VW und uns zusammenschließen! Dazu können wir jetzt schon Schritte gehen: Schulstreikkomitees, Friedensinitiativen und Bündnisse: schließt euch zusammen! [...]

### Sören Pellmann – in Berlin

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

der Militärhaushalt ist der im Vergleich zum Vorjahr am stärksten wachsende: 2027 soll er um 27 Milliarden Euro auf 110 Milliarden Euro anwachsen. Hinzu kommen weitere rund 30 Milliarden Euro aus dem so genannten „Sondervermögen". 2027 will die Bundesregierung also unvorstellbare 140 Milliarden Euro für das Militär ausgeben. Das ist der reine Wahnsinn!

Zum Vergleich: Der Etat für das Umwelt- und Klimaschutz-Ministerium ist damit 51-Mal kleiner als der für das Militär. Doch nicht nur die Klimakatastrophe holt uns durch die Politik der Merz-Regierung immer weiter ein: Uns steht ein sozialer Kahlschlag nie dagewesenen Ausmaßes bevor. Am vergangenen Wochenende gingen bereits zehntausende Menschen bei den großen Gewerkschaftsdemos auf die Straße. Wir stehen hier, um deutlich zu machen, warum es den Kahlschlag gibt – um deutlich zu machen, dass es die Milliarden für das Militär sind, die im sozialen Bereich weggespart werden. Deshalb sagen wir Nein! zu dieser Kanonen-statt-Butter-Politik!

Wir fordern eine andere Politik: Wir brauchen keine weiteren Waffen! Wir brauchen keine weitere Eskalation! Jeder Euro der in Panzer, Flugzeuge und Raketen investiert wird, fehlt uns im Kampf gegen globale Menschheitsbedrohungen wie der Klimakatastrophe, gegen die Armut oder gegen Pandemien. Wir rufen Richtung Bundestag und Kanzleramt: Stoppt endlich diesen Aufrüstungswahnsinn und stoppt die außenpolitische Eskalation!

Was wir brauchen, ist eine andere Sicherheitspolitik, wir müssen nicht kriegstüchtig, sondern friedenstüchtig werden! Eine Politik, die nicht auf geopolitische Interessen, auf Macht und der Profitgier abzielt, sondern die wirklich Frieden und ein gutes Leben für alle Menschen bringt. [...]

**IMI-Kongress**
**am 14. und 15.11.26**

mit Auftakt am Freitag abend

**Themen:**

Die neue Sprache der Macht

Big Tech, Neue Rechte und der Militarismus

Militaristische und antidemokratische Praxis und Ideologie

Rechtsruck und Klassenkampf im Kontext der Aufrüstung

Der kriegstüchtige Betrieb – Zur Militarisierung der Arbeit

Stramm kriegstüchtig oder Schweigen im Chor?

Abschlusspodium: Antimilitarismus ist Antifaschismus ist Antikapitalismus

**Weitere Infos unter**
**www.imi-online.de**



# Programm des bundesweiten Friedensratschlages am 12. und 13.12.26

*Ort: Phillipp-Scheidemann-Haus in Kassel – Anmeldung und weitere Infos über https://friedensratschlag.de*

### Eröffnungsplenum

Sa. 12:15 – 14:15 Uhr

**Margot Kässmann:** Die Militarisierung der Gesellschaft verhindern

**Jörg Kronauer:** Geopolitische Veränderungen - Rückblick und Ausblick

**Thilo Hartmann**: Gewerkschaftliche Sozialproteste und die Rüstungsausgaben

**Anne Rieger**: Kapitalismus und Kriegsgefahr

**Lühr Henken:** Deutsche Kriegsvorbereitung und neue Erstschlagswaffen

### Workshops Samstag

2 Blöcke von 14:45 bis 18 Uhr

**Thilo Hartmann und Anne Rieger**: Sozialproteste und Rüstungsausgaben (Fortsetzung Plenums-Vorträge)

**Margot Kässmann:** Kirchen und gesellschaftliche Militarisierung (Fortsetzung Plenums-Vortrag)

**Jörg Kronauer und Lühr Henken**: Geopolitik und Globale Kriegsgefahr (Fortsetzung Plenums-Vorträge)

**Jörg Tiedjen und Valentin Zill**: Afrika und Geopolitik der Großmächte

**Frank Deppe**: EU: Weltmacht unter deutscher Führung?

**Jürgen Wagner:** Militarisierung in Deutschland

**Ulli Schneider:** Rechtsentwicklung in der EU

**Karin Leukefeld**: Aktuelle Konflikte in Westasien und globale Wirkungen

**Sabine Schiffer:** Meinungsmanipulation, Zensur, Repression und Gegenwehr

**Juri Kilian und Werner Ruf:** Zivilklauseln an Hochschulen

### Podiumsrunde im Plenum (Sa)

18:30 bis 20 Uhr

**Sozialproteste und Friedensbewegung international**

Alain Rouy, Frankreich

Ulrike Eifler, Deutschland

Jeremy Corbyn, UK (per Video)

Sean Conner, USA (IPB Berlin)

Elias Bernhard (Schulstreik-Bewegung Deutschland)

### Vortrag Sonntag

9 Uhr

N.N. (Kubanische Botschaft): Kuba und Lateinamerika

### Workshops Sonntag

10 bis 11:45 Uhr

Widerstand gegen militärische Industrieproduktion - *mit Thorsten Donnermeier (IG Metall Vertrauensmann bei VW in Kassel)*

Widerstand gegen Militärstandorte und US-Militärbasen - *mit Reiner Braun und Karl-Heinz Peil (u.a. Aktionskampagne "Air Base Ramstein schließen")*

Widerstand gegen Militarisierung im Gesundheitswesen - *mit Helmut Lohrer (IPPNW)*

Erfahrungen aus Schulstreikaktionen und anstehende Aktivitäten -*mit Pascal Brandt und Freya Pillardy*

Erfahrungen mit aktuellen Strukturen der Friedensbewegung - *mit Peter Wahl*

### Podiumsrunde im Plenum

12:15 bis 13:45 Uhr

**Widerstand organisieren und vernetzen** – *Teilnehmer aus Workshops*




### Aktions-Aufruf: Ramstein schliessen

**JETZT: Die Air Base Ramstein muss geschlossen werden.**

Von deutschem Boden geht Krieg aus.

Mit und um die Air Base Ramstein ist eine gewaltige Infrastruktur für die globale Kriegsführung vorhanden, die für offene und verdeckte Kriegsführung in mehreren Weltregionen wie z.B. in Westasien und Afrika ständig zum Einsatz kommt. Diese Kriegsführung beinhaltet:

- Einrichtungen für den globalen Drohnenkrieg mit gezielten Tötungen

- mehrere Luftwaffen-Kommandozentralen von NATO und US Air Force auf der Air Base

- logistische Zentrale der US Army in Kaiserslautern mit riesigen Logistikeinrichtungen

- mehrere Satellitenstationen auf der Air Base, in Landstuhl und in Kaiserslautern

- Transport- und Luftbetankungsflotten auf der Air Base

- mehrere regional verteilte Depots, wie das größte Munitionsdepot des US-Militärs weltweit in Miesau

- das größte US-Hospital außerhalb der USA in Landstuhl und ab 2029 in Weilerbach

Deutschland ist durch die Bereitstellung und Mitfinanzierung der Infrastruktur rund um die Air Base Ramstein mitverantwortlich für jedes völkerrechtswidrige Handeln des US-Militärs. Die militärischen Einrichtungen in der Region werden damit auch zu mehr als wahrscheinlichen Zielen zerstörerischer Gegenmaßnahmen.

Von deutschem Boden darf – so das Grundgesetz – nur Frieden ausgehen.

Deshalb setzen wir uns für die Schließung der Air Base Ramstein ein.

Wir wenden uns an die Regierung und den Bundestag:

Kündigen Sie das Stationierungsabkommen von ausländischen Truppen in Deutschland von 1954 (mit einer Frist von 24 Monaten kündbar) und sorgen Sie damit für die Schließung der Air Base Ramstein und der US-amerikanischen Kriegslogistik in ganz Deutschland.

Zugleich fordern und unterstützen wir regionale Konzepte zur sozial-ökologischen Konversion der Militärregion Kaiserslautern, die sich mit freiwerdenden Flächen für eine Nachnutzung ergeben.

*Initiatoren: Reiner Braun, Arno Edgar Beier (Fluke), Connie Burkhard-Schmitz, Irene Himbert, Kristine Karch, Achim Müller, Kathrin Otte, Karl-Heinz Peil*

Unterschriftenliste unter:

**https://ramsteinschliessen.de**

## Anhang: Quellenangaben und weitere Infos

(nicht Bestandteil der Druckausgabe)

### „Resilienzelemente“ für den Krieg

**Seite 3 und 4**

German Foreign Policy / 8.10.2026

*https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10571*

*Fußnoten:*

[1], [2] Eckpunkte Pakt für den Bevölkerungsschutz. Bundesministerium des Innern, 20. Mai 2026.

[3], [4] Militärische und Zivile Verteidigung werden stärker miteinander verzahnt. bmi.bund.de 20.05.2026.

[5], [6], [7], [8] Oliver Will, Christof Eichert: Kommunale Resilienz stärken: Empfehlungen für mehr Handlungsfähigkeit in der Fläche. Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Arbeitspapier Sicherheitspolitik 7/2026. Berlin 2026.

### Erich Vad: Vergeltungsschlag

**Seite 4 und 5**

Hinweise zum Buch:

*https://westendverlag.de/Vergeltungsschlag/2513*

### Glenn Diesen

**Seite 6 bis 8**

Michael von der Schulenburg: Desperation in Europe as Defeat in Ukraine Exposes Lies

Quelle: *https://greatereurasia.substack.com/p/michael-von-der-schulenburg-desperation*

The Case for Less Unity in Europe

Why Norway and Finland Were Right to Call Putin

Quelle: *https://glenndiesen.substack.com/p/the-case-for-less-unity-in-europe*

### Rezension: Der fatale Kreislauf der Ausgrenzung

**Seite 9**

*https://globalbridge.ch/rezension-der-fatale-kreislauf-der-ausgrenzung/*

### Droht ein russischer Angriff 2029?

**Seite 10**

IMI-Studie 2026/8: „Weder Belege noch Fakten“

*https://www.imi-online.de/2026/10/23/weder-belege-noch-fakten/*

### „Leipzig bleibt friedlich“

**Seite 12 und 13**

Militärcluster Mitteldeutschland – 10.000 fordern Debatte über Rüstungsindustrie und Friedensökonomie

https://www.pressenza.com/de/2026/10/pressemitteilung-militaercluster-mitteldeutschland-10-000-fordern-debatte-ueber-ruestungsindustrie-und-friedensoekonomie/

### Forschung für das Militär

**Seite 13**

Charité-Professorin kritisiert Angriffe auf Zivilklauseln

https://www.pressenza.com/de/2026/10/forschung-fuer-das-militaer-charite-professorin-kritisiert-angriffe-auf-zivilklauseln/

### Repression gegen Palästina-Solidarität

**Seite 14 bis 16**

**Originaltitel:** Auf den Straßen, in den Gerichten: drei Jahre Repression gegen Palästina-Solidarität in Deutschland

https://etosmedia.de/gesellschaft/auf-den-strassen-in-den-gerichten-drei-jahre-repression-gegen-palaestina-solidaritaet-in-deutschland/

Foto: Aerial view of destruction in Beach refugee camp, Gaza Strip

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Aerial_view_of_destruction_in_Beach_refugee_camp,_Gaza_Strip.jpg

### Bremen und Gaza

**Seite 16**

Langjährige Solidarität für einen gerechten Frieden für alle

https://www.pressenza.com/de/2026/10/bremen-und-gaza-eine-langjaehrige-solidaritaet/

### „Ulm 5“: Schauprozess und Schmieren-theater in Stuttgart-Stammheim

**Seite 17**

siehe auch:

Irischen Abgeordneten werden einen Prozesstag beobachten

https://ulm5.info/de/nachricht/2026/07/17/Brief-von-irischen-Abgeordneten-die-einen-Prozesstag-beobachten-werden